

189 // November // Dezember 2015

TEAR DOWN THE WALLS OF FORTRESS EUROPE

Hallo ihr lieben,

der Kasten wird 26, sieht super aus und wir haben die nächste Ausgabe fertig.

Schwerpunktmäßig beschäftigen wir uns mit der vermeintlichen „Flüchtlingskrise“ und ihren Auswirkungen. Die rassistischen Mobilmachungen nehmen weiter zu, sowohl auf der Strasse im Bürger/Nazi Haufen als auch in den Parlamenten in Form weiterer menschenverachtender Asylgesetze und Abschiebeverordnungen. Das auch die Angriffe und Brandstiftungen auf Flüchtlingsunterkünfte verstärkt weitergehen, ist dabei nicht nur folgerichtig, sondern politisches Kalkül. Während sich die bundesdeutschen Politiker innen in ihrer „Willkommenskultur“ selbst gefallen, werden die Forderungen von PEGIDA/AFD und Co. in Form von geplanten Massenabschiebungen, sogenannten „sicheren Drittstaaten“ und „Sachmittel Zuwendungen“ in Gesetzesform gegossen.

Das heißt für uns alle in den nächsten Monaten und Jahren auf den unterschiedlichsten Ebenen aktiv zu bleiben/werden. Die praktische Fluchthilfe, die am Hamburger HBF, auf der Lübecker Walli, in Flensburg, Kiel und Rostock (um jetzt nur vom norddeutschen Raum zu sprechen) in den letzten Monaten geleistet worden ist, ist beeindruckend. Gleichzeitig müssen wir dringend unsere Aktivitäten steigern, um die rassistische Mobilisierung zurück zu drängen. Das heißt auch, unsere Genoss innen in Mecklenburg zu unterstützen, um die wöchentlichen Aufmärsche der Nazis gemeinsam zu verhindern. Und das kann auch heißen, dass wir uns als eine Erfahrung aus den 90igern, einem möglichen Pogrom auch unter Gefahr für uns und unsere körperliche Unversehrtheit entgegenstellen zu müssen. Dass von staatlicher Seite dabei nichts zu erhoffen ist, zeigen nicht nur die Erfahrungen von Heidenau.

Wir verbleiben trotz alledem mit liebsten grüßen an euch und die Freund innen von Disorder Berlin, denen wir diesmal unsere meisten Grafiken zu verdanken haben.

Texte, Lob und Kritik bis zum 20. Dezember an unsere Postfächer.

Lest und verteilt die ZECK!

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote   ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im   örderabo für   0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. “Zur-Habe-Nahme” ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.

Inhalt	Seite

KURZES

Breite-Straße: Der Prozess ist geplatzt und beginnt von vorn

Am 27. August 2014 gab es in der Breite Straße 114 eine Hausbesetzung. Die Menschen im Haus wehrten sich gegen die anrückenden Bullen. In dieser Nacht wurden fünf Personen festgenommen. Einer von ihnen war mehr als drei Monate in U-Haft, bei einem anderen wurde die Haft unter Auflagen schon etwas früher ausgesetzt, die anderen drei mussten für einige Tage in Gewahrsam. Einige Monate später wurde eine sechste Person festgenommen und saß mehrere Monate in Untersuchungshaft.Ein Jahr später – das Haus in der Breite Straße steht heute immer noch leer – begann der Prozess gegen die sechs Beschuldigten zum ersten MalDer vorsitzende Richter hat gleich zum Prozess-Beginn keine Gelegenheit ausgelassen die Situation zu eskalieren. So wurde der Saal am ersten Prozesstag geräumt und es kam zu einer Festnahme. Da er das Gericht formal nicht richtig besetzt hat, beginnt der Prozess nun zwei Monate später, am 2. November, noch einmal komplett von vorn. Der Prozessauftakt wird von einer Kundgebung begleitet – kommt alle, zeigt euch solidarisch und unterstützt die Beschuldigten!Die Bedeutung dieses Verfahrens ist vielschichtig und es betrifft uns alle.Politisch geht die Bedeutung dabei über die möglichen Konsequenzen für die Beschuldigten hinaus. Der Prozess soll als Musterprozess durchgeführt werden, in dem der Staat deutlich macht, wie Bullen und Justiz mit militantem Widerstand in Zukunft umgehen wollen. So findet der Prozess z.B. auch im „Staatsschutzsaal“ statt.Hohe Verurteilungen sollen als Exempel und Abschreckung durchgesetzt werden. Sie sollen die repressive Praxis unterstreichen und das gesellschaftliche Bewusstsein durchsetzen, dass Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse unmöglich ist.Gleichzeitig ist der Prozess auch die direkte Reaktion auf eine anders formulierte Praxis von Hausbesetzungen.In der Breite Straße haben Menschen klar formuliert, dass sie eine Räumung nicht widerstandslos über sich ergehen lassen. Ihr Handeln ist als selbstbestimmter Akt der Rebellion gegen die Autoritäten zu verstehen, statt zu verhandeln wurde klare Kante gezeigt.In einer Situation wie in Hamburg, wo Wohnen zum Luxus wird und viele keine Wohnung finden, wo sich einige auf Kosten der Mieter_innen und Wohnungslosen die Taschen mit Kohle voll stopfen, sind Besetzungen und eben auch Besetzungen, die militant durchgesetzt werden, ein Durchbrechen dieser Normalität. Sie stellen nicht nur die Wohnverhältnisse- sondern auch die Besitzverhältnisse in Frage.
Getroffen hat es einige – gemeint sind wir Alle! – Unsere Solidarität gegen ihre Repression! – Freiheit für Alle!

Kommt zum Prozess und unterstützt die Beschuldigten!
Vermutlich ab dem 23. November jeden Montag 9 Uhr bis 16 Uhr im Strafjustizgebäude, Sievekingsplatz 3, Staatsschutzsaal
Achtet auf Ankündigungen.

++++++++++++++++++++++++++++++

Nein zur Asylrechtsverschärfung! No to the new asylum laws!

Am Abend des 15. Oktober versammelten sich rund 800 Menschen in Hamburgs Innenstadt, um entschieden gegen die Verschlechterung der rechtlichen Situation Geflüchteter zu demonstrieren, die am selben Tag im Bundestag durchgewunken wurde. Bei Regen und Kälte – dem passenden Wetter zur Gesetzesverschärfung – zogen wir in einer Demonstration vom Hauptbahnhof zum Jungfernstieg. Aktivist*innen von Lampedusa in Hamburg und Romano Jekipe Ano Hamburg – Vereinigte Roma Hamburg – machten in Redebeiträgen auf ihre Kämpfe aufmerksam. Abschiebungen, “Sachleistungen”, weitere Verelendung – der heutige Tag bedeutet die Entrechtung von Migrantinnen und Migranten.
Organisieren wir uns gegen diese widerlichen Verhältnisse!
Kein Mensch ist illegal!
Bleiberecht für alle!

++++++++++++++++++++++++++++++

Wagendemo - DANKE!

Am 17.10. startete an der Hafenstraße Hamburg die Wagendemo "Einmal im Leben pünktlich koZen". Gegen 13:00 Uhr kamen zahlreiche Wägen angeollt und dazu viele Menschen, die die Demo per pedes begleiteten.
Los ging es in der Hafenstraße, dessen Existenz auf den erbitterten Kampf der BesetzerInnen in den 80ern gegen die Stadt und die Polizei zurückzuführen ist und die heute sowohl Wohnraum, als auch Raum für unterschiedlichste Ideen und Projekte sind. Weiter ging es vorbei an der Breitenstraße, wo im August 2014 eine Besetzung stattfand, über die Reeperbahn vorbei am Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG), die dem kollektiven Zentrum seit Start des Projektes das Leben versuchen schwerzumachen (es aber nicht schaffen).Weiter ging es vorbei an den Messehallen, wo gerade eine Flüchtlingsunterkunft geräumt wurde, damit dort eine Bootsmesse stattfinden kann (wie ironisch ist das denn!), hin zum Gängeviertel, das nun schon seit sechs Jahren der Stadt die Stirn bietet und sie gleichzeitig mit ihren Freiräumen, Projekten und Ideen ein Stükkchen bunter macht.
Am Jungfernstieg ging es schließlich zum koZe, das sich nach wie vor von den unverhältnismäігen und brutalen Invasionen der Polizei diesen Sommer erholen muss und gleichzeitig weiter für den eigenen, aber auch für weitere Freiräume in der Stadt kämpft. Mit der Demo wurde zum einen ein Zeichen gesetzt gegen die Politik der LIG, die das kollektive Zentrum permanent und seit des Projektstarts im September 2014 in seiner Existenz bedroht, aber auch gegen eine Stadtpolitik, die privatwirtschaftliche Interessen von InvestorInnen der Schaffung von selbstorganisierten Freiräumen überordnet. Wir, das koZe, sagen DANKE an die OrganisatorInnen der Demo und an alle, die da waren und die Demo unterstützten.

MEHR SELBSTORGANISISERTE FREIRÄUME!
SOLIDAITÄT MIT ALLEN BESTEHENDEN FREIRÄUMEN!GEGEN INTERESSEN DER PRIVATWIRTSCHAFT!
DIE STADT DENEN, DIE DRIN LEBEN!

++++++++++++++++++++++++++++++

Hausdurchsuchung in Berlin-Kreuzberg am 28.10.2015

Zeitgleich mit einer Durchsuchung in der Gemeinde Tarnac in Frankreich hat auch in Kreuzberg eine Hausdurchsuchung stattgefunden. Die Freunde und Helfer haben wohl nicht gleich die Klingel gefunden und traten entschlossen gegen 10:00 Uhr die Tür ein und das BKA durchsuchte dann dann die Wohnung. Ein Bewohner wird beschuldigt, Mitglied in einer kriminellen Vereinigung zu sein (§ 129) und wurde ed behandelt. Verhaftet wurde sein sämtliches technisches Equipment wie Computer, Handy u. ä. Gegen 16:00 Uhr zogen sie dann wieder ab. Während der Aktion waren zahlreiche Unterstützer_innen vor Ort.

Positionspapier Herbst 2015

Derzeit erleben wir eine historische Situation. Die Entschlossenheit und Selbstorganisation von Geflüchteten hat die europäischen Grenzen außer Kraft gesetzt und eine Neuausrichtung der europäischen Migrationspolitik erzwungen. Fakt ist, dass die europäischen Außengrenzen immer überwunden wurden und sich Flüchtende sowie Migrant*innen nie haben aufhalten lassen. Die immer stärkere Militarisierung und Abschottung dieser Grenzen hatte „nur“ zur Folge, dass das auf der Flucht erlittene Leid anstieg und immer mehr Menschen ihr Leben verloren.

Fakt ist jedoch auch, dass aktuell sehr viel mehr Menschen Deutschland erreichen, als in den vergangenen Jahrzehnten. Dabei flieht nur ein Bruchteil der Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen, nach Europa bzw. Deutschland. Der weit größere Teil findet Zuflucht in Nachbarstaaten oder -regionen. Es sind brutale Konflikte und Kriege wie in Libyen, Syrien, Irak, Nigeria, Afghanistan oder Mali, vor denen Menschen fliehen – um nur einige Beispiele zu nennen. Für die meisten dieser Konflikte ist kein Ende in Sicht, da ganze Regionen langfristig destabilisiert sind.
Doch auch (neo)koloniale Ausbeutung, die Zerstörung lokaler Wirtschaften durch die Politik der Industriestaaten, Diskriminierung und Rassismus wie im Falle der vom Balkan flüchtenden Roma, Umweltzerstörung und vieles mehr zwingt Menschen zur Flucht. Manche nehmen auch einfach nur ihr Recht wahr, dorthin zu ziehen, wo sie leben möchten.Es sind die Entschlossenheit und das kollektiv geteilte Wissen der Flüchtenden über die Festung Europa, die im Sommer zum faktischen Fall der europäischen Außengrenzen beigetragen haben. Auf dieses Scheitern ihrer Abschottungspolitik hat insbesondere die deutsche Regierung damit reagiert, sich in der Öffentlichkeit als Willkommensnation zu präsentieren.
Dabei hat sie – auch mit Blick auf den Nutzen der zu erwartenden „Fachkräfte“ für den Standort Deutschland – bestehende Ansätze in der Zivilgesellschaft aufgegriffen. Wie wenig Substanz diese offizielle „Willkommenskultur“ besitzt und wie scheinheilig die Regierung agiert, beweist die Wiedereinführung von Grenzkontrollen, wenige Tage nachdem sich Deutschland für seinen Umgang mit Geflüchteten feiern ließ. Allen staatlichen Inszenierungen zum Trotz, bleibt die vorherrschende Politik gegenüber Geflüchteten und Migrant*innen eine der Abschreckung und der Ablehnung.

Erst vor Kurzem wurden in Deutschland gleich mehrere Verschärfungen des Asylrechts verabschiedet, weitere sind in Planung. Um derartige Maßnahmen zu legitimieren, wird versucht, die Geflüchteten in „gute“ und „schlechte“ einzuteilen. Als Sündenböcke sollen zur Zeit die Geflüchteten aus dem Balkan dienen, für die in Teilen Deutschlands bereits Sonderlager eingerichtet werden. Dies trifft vor allem Roma, die wegen rassistischer Anfeindungen und Diskriminierung aus ihrer Heimat geflohen sind. Die fatale Tradition dieser Ausgrenzung einer europäischen Minderheit wird so (auch) in Deutschland weiter fortgeschrieben. Während die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit im Moment auf die in Deutschland ankommenden Flüchtenden gerichtet ist, finden im ganzen Bundesgebiet regelmäßig und massiv Abschiebungen statt; insbesondere von Roma.

Deutsche Regierungen hatten lange darauf vertraut, dass ihr perfides System der Abschottung und Abschreckung funktioniert – beispielsweise durch die Grenzschutzagentur Frontex, die faktische Abschaffung des Asylrechts spätestens seit den 1990er Jahren, oder das Dublin-Abkommen – und nur wenige Menschen Deutschland überhaupt erreichen. Dementsprechend wurden die Kapazitäten zur Unterbringung von Geflüchteten in der Vergangenheit stark zurückgebaut, so auch in der letzten Legislatur des SPD-Senats in Hamburg. Vor dem Hintergrund der lange bekannten Prognosen über steigende Zahlen von Flüchtenden, kann dies nur als kalkulierte Verelendung bezeichnet werden. Gerade die reiche Stadt Hamburg schöpft bei der Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten längst nicht alle Möglichkeiten aus.

Die hiesigen Behörden unterlaufen bewusst Mindeststandards, so wurde bei der Unterbringung schnell auf Zelte zurückgegriffen und mit der Einrichtung von Massenunterkünften mit 3000 Plätzen begonnen. Diese Form der menschenunwürdigen Unterbringung und die mangelhafte Versorgung ist über den Sommer zum Normalzustand geworden, dessen angebliche Alternativlosigkeit immer wieder betont wird. An fast allen Standorten haben Geflüchtete gegen die Zustände in den Unterkünften protestiert, was bisher kaum öffentlich wahrgenommen wurde.
Der Senat hat inzwischen angekündigt, selbst im Winter Menschen in Zelten unter zu bringen. Ein solcher Ausnahmezustand hat handfeste Folgen, denn er wird zur Legitimierung sinkender Standards und der Verschärfungen des Asylrechts herangezogen – welche wiederum Projekte zur Abschreckung von Geflüchteten sind.

**Gemeinsam kämpfen –
mit Geflüchteten und gegen die
kalkulierte Verelendung!**
Im November 2014 schlossen sich kämpfende Refugees aus der Gruppe Lampedusa in Hamburg, Aktive aus dem Netzwerk “Recht auf Stadt”, Gewerkschaftsaktivist*innen, Studierende, Schüler*innen, linke Gruppen und andere Initiativen zusammen und gründeten das Bündnis “Recht auf Stadt – Never mind the Papers!”

Gemeinsam treten wir dafür ein, dass grundlegende Rechte unahhängig von Herkunft, Hautfarbe oder Aufenthaltsstatus garantiert sein müssen. Dazu gehören das Recht auf Arbeit, auf menschenwürdiges Wohnen, auf Gesundheitsversorgung und Bewegungsfreiheit und das Recht zu Bleiben für Alle. Wir kämpfen für eine Stadt, in der Alle die gleichen Rechte haben.

Wir, die in der Stadt jeden Tag mit anpacken und Geflüchtete unterstützen, schaffen im Kleinen eine solidarische Alternative zur vom Hamburger Senat erzeugten Atmosphäre der Verelendung und Ablehnung. Die vergangenen Wochen haben gezeigt, dass und in welchem Ausmaß praktische Solidarität machbar ist und dass sie die Stadt nachdrücklich verändern kann, oder besser: bereits verändert hat!

Diesen Herbst wollen wir uns weiter vernetzen, gemeinsam solidarische Alternativen ausbauen und dafür sorgen, dass die berechtigten Forderung von Geflüchteten nicht weiter ignoriert werden. Geben wir dem Hamburger Senat zu verstehen, dass es so nicht weiter geht! Wir akzeptieren keine Zeltlager oder Massenunterkünfte, keine Trennung in “gute” und “schlechte” Geflüchtete und keine Abschiebungen!

Die Kämpfe um Bleiberecht, für guten Wohnraum, für politische und soziale Rechte werden weitergehen – mischen wir uns ein!

BÜNDNIS RECHT AUF STADT —
NEVER MIND THE PAPERS

„Refugees welcome heisst gleiche Rechte für alle!"

Hamburg, Herbst 2015.
Täglich kommen neue Menschen an. Bis spät in die Nacht koordinieren freiwillige Helfer*innen am Hauptbahnhof eigenständig die Ankunft und Weiterreise hunderter Menschen auf der Flucht. Die, die in Hamburg bleiben, müssen am Stadtrand unter unzumutbaren Zuständen kalte Nächte in Zelten verbringen oder werden in alten, teils ungeputzten, Baumarkthallen zusammengedrängt. Auch sonst gilt: Ob an Hygiene, Gesundheitsversorgung, angemessenem Essen oder einfach einem Angebot, am Leben in der Stadt teilnehmen zu können — es fehlt überall.Zur selben Zeit sind tausende Menschen aktiv und helfen: Sammeln Kleidung, verteilen Essen, bieten Sprachkurse an und sagen auf viele verschiedene Weisen: ›Ihr seid hier willkommen!‹.
Derweil besetzen Roma den Michel und wehren sich gegen die staatlichen Abschiebungen ihrer Familien in Länder, in denen sie strukturell verfolgt werden. Seit zweieinhalb Jahren schon kämpft ›Lampedusa in Hamburg‹ um die Anerkennung ihrer sozialen Rechte, welche ihnen noch immer verweigert werden. Für die Betroffenen ist die jeweilige Lage eine akute Notsituation. Ohne ihre eigene Selbsthilfe und ohne solidarische Menschen wäre es noch viel prekärer.

Was machen die Behörden?
Wo ist der Senat?

Sicher ist: Spätestens seit Anfang des Jahres wussten die Verantwortlichen, dass die Zahlen massiv steigen werden. Trotzdem stellt Rot-Grün die Not der Menschen, die fehlende Organisation und die unwürdigen Bedingungen immer wieder als unvermeidbar dar! Aber diese Beschwichtigungen helfen nicht. Die dramatischen Szenen, die sich jetzt in Hamburg abspielen, sind Wasser auf die Mühlenjener, die behaupten, ›mehr könne nun wirklich nicht getan werden‹. Deutschland.
Bundesweit dominiert Katastrophenrhetorik die öffentliche Meinung. Trotz allem Gerede vom Grundgesetz peitschen CDU, SPD und Grüne schon die nächsten Asylrechtsverschärfungen durch die Parlamente. Versorgungsstandards für die Geflüchteten werden stetig gesenkt und durch das Konzept angeblich ›sicherer Herkunftsländer‹ wird eine Spaltung in ›gute‹ und ›schlechte‹ Migrant*innen unternommen. Das Gesetz richtet sich damit unter anderem direkt gegen Roma, die in den ›Herkunftsländern‹ einer systematischen Diskriminierung und Ausgrenzung ausgesetzt sind. Seit Monaten breitet sich rechtes Gedankengut aus. Es bleibt nicht bei diffusen Ängsten. Fast täglich brennen Häuser. Und CSU, AfD und PEGIDA versuchen weiterhin sich gegenseitig am rechten Rand in ihren rassistischen Forderungen zu überbieten. Europa.
Die Menschen auf dem Weg nach Norden, fliehen vor Krieg, Gewalt, politischer Verfolgung, Diskriminierung und Armut. Sie eint der Wunsch nach einem besseren Leben. Mit ihrer Hartnäckigkeit setzt die Migrationsbewegung die Bewegungsfreiheit durch. Aber noch immer muss unter lebensgefährlichen Bedingungen das Meer überquert werden, noch immer wird der Weg von Stacheldraht, Zäunen und willkürlicher Polizeigewalt begleitet. So macht die herrschende Politik ihre Botschaft klar: ›Ihr seid hier nicht willkommen.‹ Während in großen Reden von Menschenrechten und historischen Herausforderungen gesprochen wird, werden Militärmissionen auf dem Mittelmeer kommandiert und blutige Deals mit Diktatoren und autoritären Regimes, wie Al-Baschir im Sudan oder Erdoğan in derTürkei, beschlossen. Hungergesetze, Missmanagement und Kriegsschiffe.
Das ist die Antwort darauf, dass Millionen Menschen sich aufmachen, um sich vor Gewalt und Armut zu schützen, um ein besseres Leben zu haben. Es heißt, das wäre eine ›Flüchtlingskrise‹. Aber die Menschen, die zu uns kommen sind nicht die Krise. Die Krise ist politisch gemacht: Das weltweite Vermögen ist heute so ungleich verteilt wie noch nie zuvor. Wirtschaftliche Verwertungszwänge drängen uns in Muster, in denen wir primär danach bewertet werden, wie profitabel wir sind. Nationalstaatliches Denken macht Menschenrechte davon abhängig, mit welchem Pass Personen geboren werden. Ein Glücksspiel. Gleichwertigkeit wird uns damit abgesprochen. Rassismus bringt hasserfüllte Mobs hervor, die sich genau jene, die bereits ausgegrenzt sind, als Bedrohung und als ihre Feinde herbei halluzinieren. Zwischen diesen rassistischen, nationalstaatlichen und kapitalistischen Logiken ist wenig Platz für echte Solidarität zwischen Hunderttausenden von Menschen.
Die jetzige Situation stellt uns ganz konkret vor die Frage, in was für einer Gesellschaft wir leben wollen: Wie wollen wir damit umgehen, dass in unserer Stadt Menschen bei Minusgraden in Zelten schlafen müssen, während gleichzeitig bis zu einer Million Quadratmeter Bürofläche leer steht? Wie wollen wir damit umgehen, dass in unserer Stadt die Einen wie selbstverständlich zur Schule, zur Uni oder zur Arbeit gehen, während den Anderen solch elementare Teilhabe verboten wird? Was machen wir, wenn in unserer Stadt jeden Tag Menschen Angst vor Polizeikontrollen und Abschiebungen haben müssen, nur weil sie keine deutschen Pässe besitzen? Halten wir still, wenn die Menschen, die mit uns in einer Stadt leben, als ungleich behandelt werden?Wir haben uns entschieden: Wir wollen und machen eine Stadt für alle!Eine Stadt, in der gleiche Rechte gelten, ganz egal welche Papiere in der Tasche stecken! Eine Stadt, in der wir Seite an Seite stehen: mit Lampedusa in Hamburg, mit Romano Jekipe Ano Hamburg, mit den Protesten der Geflüchteten in den Lagern! Eine Stadt, in der es Platz für echte Nachbarschaft gibt, statt Milliarden für Olympia.
In den letzten Wochen haben Zigtausende den Slogan ›Refugees Welcome‹ mit Leben gefüllt. Zigtausende haben gezeigt, wie es aussieht, wenn wir zusammen anpacken und anfangen, unseren Wunsch von einem ›besseren Leben für alle‹ in die Tat umzusetzen. Lasst uns weitermachen und einen Schritt voran gehen: Lasst uns diese Stadt verändern! Lasst Hamburg zu einem Ort werden, an dem es ohne wenn und aber heißt:
All Migrants and Refugees Welcome - gleiche Rechte für alle!Echte Nachbarschaft ermöglichen: Für angemessene Unterbringung in Wohnungen! Statt Isolation durch Zelte, Hallen und Massenlager! Migration findet statt: Bewegungsfreiheit ist Menschenrecht! Bleiberecht für Alle! Statt Asylrechtsverschärfung, Spaltung in ›gute‹ und ›schlechte‹ Geflüchtete und Abschiebungen! Solidarität muss praktisch werden: Unterstützt die migrantischen Kämpfe! Bis zur vollständigen gesellschaftlichen Teilhabe! Werdet aktiv & kommt alle! Refugees welcome heisst gleiche rechte für alle!

Demonstration
Sa 14. 11. 2015,
13.30 Uhr Steintordamm,
HamburgRotznasen-Kinder-block
Treffpunkt 13 Uhr, Steintorplatz vorm Museum für Kunst &Gewerbe

BÜNDNIS RECHT AUF STADT —
NEVER MIND THE PAPERS!

Europol und Interpol verstärken Bekämpfung von Fluchthelfern



Die Polizeiorganisationen errichten internationale Zentren gegen "Migrantenschleusung". Die angeschlossenen Kriminalpolizeien verarbeiten auch Informationen von Geheimdiensten

Die EU-Polizeiagentur Europol erhält 30 zusätzliche Planstellen zum Aufspüren und Verfolgen von Fluchthelfern. Dies geht aus einem Nachtrag zum Haushaltsplan hervor, den die EU-Kommission Anfang des Monats veröffentlicht hat. Als Ziel wird die "Zerschlagung von Schleppernetzen" angegeben. Einige der neuen Mitarbeiter sollen mithilfe automatisierter Verfahren das Internet beobachten. Europol soll Postings, mit denen die Fluchthelfer "Migranten und Flüchtlinge anlocken", ausfindig machen und bei den Internetanbietern deren Entfernung aus dem Netz beantragen.

Ein Großteil der neuen Stellen dient der Zentralisierung aller Anstrengungen gegen die grenzüberschreitend tätigen Fluchthelfer. Europol errichtet hierfür ein "Europäisches Zentrum zur Bekämpfung der Migrantenschleusung" (ECMS) am Sitz der Agentur in Den Haag. Es ersetzt ein "maritimes Lagenzentrum", das Europol ebenfalls als Sofortmaßnahme gegen zunehmende Migrationsströme eingerichtet hatte (Zivil-militärische Zusammenarbeit auf dem Mittelmeer.
Das neue Zentrum soll jedoch nicht nur auf das Mittelmeer beschränkt sein. In dem Ratsdokument heißt es, das ECMS solle einen "EU-weiten Überblick über die Schleusung von Migranten aus Sicht der Strafverfolgung" ermöglichen. Dadurch würde die Koordinierung mit ähnlichen Einrichtungen in den Mitgliedstaaten gewährleistet.
Aus Deutschland wird vermutlich das Gemeinsame Analyse- und Strategiezentrum illegale Migration angebunden, das vom Bundesinnenministerium als gemeinsame Informations-, Koordinations- und Kooperationsplattform mehrerer Behörden in Potsdam eingerichtet wurde.
Außer dem Bundeskriminalamt (BKA) und der Bundespolizei arbeiten dort unter anderem der Zoll, der Bundesnachrichtendienst, das Bundesamt für Verfassungsschutz und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unter einem Dach zusammen.

Verarbeitung geheimdienstlicher Informationen

Auch bei Europol würden laut den derzeitigen Plänen Informationen von Geheimdiensten verarbeitet. Wie die Kommission schreibt, sollen "Vor-Ort-Maßnahmen der Polizei und des Grenzschutzes" durch "mehr geheimdienstliche und operative Erkenntnisse" unterstützt werden.

Das Europol-Zentrum gegen Fluchthilfe soll laut der Kommission vor allem Finanzermittlungen betreiben. Banken und andere Finanzinstitute sind verpflichtet, alle Finanztransaktionen auf Vorrat zu speichern und Verdachtsfälle zu Terrorismus oder Geldwäsche sofort zu melden. Die bei Europol zusammengeschlossenen Kriminalpolizeien nutzen die Daten, um Überweisungen zurückzuverfolgen und auf diese Weise mutmaßliche Fluchthelfer aufzuspüren. Für den gleichen Zweck werden Telefone von Geflüchteten beschlagnahmt und forensisch ausgewertet. So wollen die Ermittler erfahren, welche Rufnummern zu Beginn der Flucht gewählt wurden.

Zu den Sofortmaßnahmen der Kommission gehört auch der Aufbau von neuartigen "mobilen Ermittlungsunterstützungsteams" (EMIST). Über solche Soforteinsatzteams verfügte bislang lediglich die EU-Grenzagentur Frontex. Die 2010 eingerichteten schnellen Eingreiftruppen waren damals nur einmal nach Griechenland abgeordnet worden, nun ist ein Großeinsatz an den griechischen Küsten der Ägäis geplant.

Befragung von Geflüchteten in "Hotspots"

Die Soforteinsatzteams von Europol und Frontex sollen laut den Plänen eng miteinander verzahnt werden. Die Kriminalbeamten werden demnach auch zu den in Italien und Griechenland geplanten "Hotspots" entsandt. Dort sollen ankommende Geflüchtete in Auffanglagern festgehalten und dokumentiert werden, bevor sie dann möglicherweise in andere Mitgliedstaaten verteilt werden.

Zur "Koordinierung des Hotspot-Ansatzes" ist Europol schon jetzt Teil einer "EU Regional Task Force", die von griechischen bzw. italienischen Behörden eingerichtet wurde. Unter Beteiligung von Frontex und Staatsanwälten aus den Mitgliedstaaten arbeitet die "Task Force" auch mit der EU-Militärmission EUNAVFOR MED auf dem Mittelmeer zusammen. Die Soldaten, Grenz- und Kriminalbeamten führen laut Berichten eine gemeinsame Datenbank zu verdächtigen Personen.
"Experten und Analysten von Europol" führen laut der Kommission auch in den Hotspots "Ermittlungen zur Aufdeckung von Schleusernetzen" durch.
Hierzu gehören unter anderem "Befragungen" einzelner Migranten, in denen diese über Fluchtrouten, Helfer und Preise für die Überfahrt Auskunft geben sollen. Jedoch sollen die EMIST-Teams auch "handeln, wenn Migranten von den fünf derzeit betroffenen griechischen Inseln ausschiffen".
Hinter der sperrigen Formulierung verbirgt sich das Problem, dass einige Mitgliedstaaten vor einer Aufnahme umverteilter Migranten deren Personendaten verlangen, um diese mit Polizeidatenbanken abzugleichen. Im Asylverfahren ist dies aber aus Datenschutzgründen nicht gestattet.
Hier soll nun Europol einspringen.

Entfernung von Internetinhalten

Das bei Europol entstehende "Europäische Zentrum zur Bekämpfung der Migrantenschleusung" erhält auch eine Abteilung zur Kontrolle des Internets. Mithilfe automatisierter Verfahren zur Internetbeobachtung sollen Inhalte gefunden werden, mit denen Fluchthelfer ihre Kunden "anlocken" können. Gemeint sind vor allem Facebookgruppen, über die Fluchtwillige Kontakt zu den Fluchthelfern aufnehmen. Europol soll die Entfernung der Postings bei Facebook, Google oder Youtube beantragen.

Eigentlich war geplant, die Beobachtung der

Internetauftritte von Fluchthelfern in der ebenfalls neu eingerichteten "Meldestelle für Internetinhalte" bei Europol anzusiedeln. Deren Zweck wird jedoch mit der Bekämpfung des "islamistischen Terrorismus" angegeben (Wie das BKA das Internet säubern will). Trotzdem erhielt die "Meldestelle" bereits 99.000 Euro, um mit drei neuen Stellen auch gegen unerwünschte Migration vorzugehen.

Europol sucht nun in Stellenanzeigen Analysten und türkischsprachige Übersetzer, die mit der Auswertung offener Quellen im Internet und der Verarbeitung von Massendaten vertraut sind. Bevorzugt werden Bewerber, die über Erfahrung mit Finanzermittlungen verfügen und in den Bereichen "Cyberkriminalität" oder "Anti-Terrorismus" tätig waren.

Europol führt außerdem ein Register, über das Polizeidienststellen aus den Mitgliedstaaten erfahren, ob gegen bestimmte Webseiten bereits Maßnahmen ergriffen wurden oder ob der fragliche Content auch auf anderen Internetplattformen festgestellt wurde. Die "Meldestelle" benutzt dafür automatisierte Verfahren zur Bilderkennung, wie sie bislang zum Aufspüren von Kinderpornografie zum Einsatz kamen.

Enge Kooperation mit Interpol

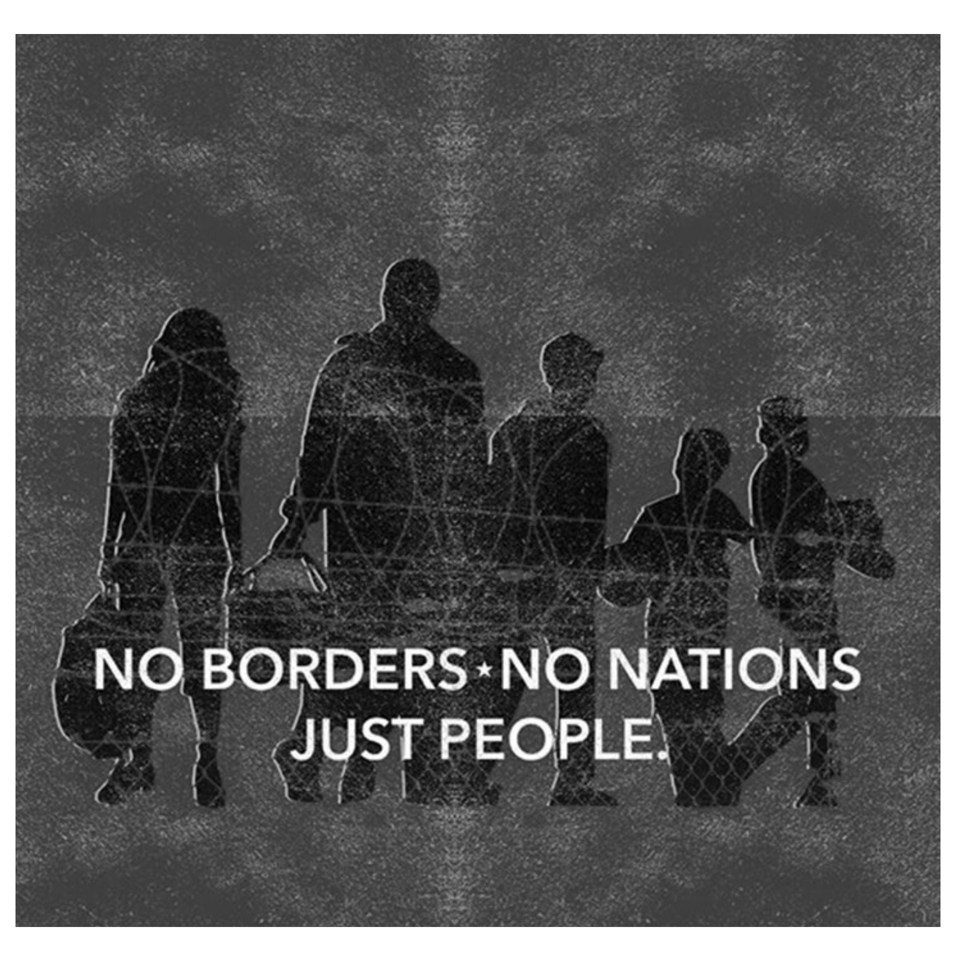
Europol will aber nicht nur als "Meldestelle" fungieren, sondern verlangt von den Providern auch Informationen über die betreffenden Accounts. Allerdings darf die EU-Agentur nicht ohne weiteres Personendaten mit privaten Firmen austauschen. Deshalb soll die "Meldestelle" einen Platz in der gegenwärtig diskutierten Neuauflage der Europol-Verordnung erhalten. Ab Januar 2016 ist die volle Einsatzbereitschaft der "Meldestelle" geplant.

Vergangene Woche hielt Europol mit der internationalen Polizeiorganisation Interpol in Lyon ein gemeinsames Forum zur Bekämpfung von Fluchthelfern ab. Die zweitägige Konferenz habe laut einer gemeinsamen Mitteilung "zahlreiche Maßnahmen gegen organisierte kriminelle Netzwerke" erörtert. Zu den teilnehmenden gehörten auch Behörden aus Transit- und Herkunftsländern von Geflüchteten sowie Organisationen aus dem "Privatsektor".

Auch bei Interpol soll ein "Operatives Spezialistenzentrum gegen den Schmuggel von Migranten" entstehen, das eng mit dem EMSC bei Europol verzahnt werden soll. Ziel sei demnach die Mitarbeit von Behörden aus Transit- und Herkunftsländern. Die neue Interpol-Abteilung gegen Fluchthilfe soll auf der bereits existierenden Zusammenarbeit mit "Partnern" in Afrika aufbauen. Genannt werden Regionalbüros in Abidschan und Nairobi, die nach einem Modellprojekt in Lateinamerika eingerichtet wurden.

30.000 Fluchthelfer?

Europol und Interpol wollen ihre Kooperation abermals verstärken. Polizeibehörden würden durch einen regelmäßig erscheinenden Lagebericht unterstützt. Dieser Bericht könnte demnach als Leitfaden für "koordinierte und effiziente" Aktivitäten dienen. Die beiden Polizeiorganisationen kündigen den Ausbau von Echtzeit-Kapazitäten in der Informationsübermittlung an. Davon betroffen wäre eine beträchtliche Zahl mutmaßlicher Fluchthelfer.
Europol führt eine Datensammlung namens "Checkpoint", in der bereits 30.000 Personen wegen angeblicher "Schleusungskriminalität" gespeichert sind. Es liegt auf der Hand, dass die meisten der Verdächtigen selbst Geflüchtete sind, die für die Übernahme bestimmter Tätigkeiten auf der Flucht von den Helfern Vergünstigungen erhalten. Vor Strafverfolgung schützt das indes nicht: Auch wer bei der Überfahrt mit dem Schlauchboot mit der Familie am Außenbordmotor sitzt, wird als "Schlepper" oder "Schleuser" behandelt und vor Gericht gestellt.



Der Einsatz von Kriminalpolizei, Staatsanwälten und Geheimdiensten gegen unerwünschte Migration illustriert einen Paradigmenwechsel in der Behandlung globaler Migrationsströme. Geflüchtete werden auf diese Weise zunehmend als "Opfer" von Fluchthelfern dargestellt. So heißt es auch in einem Werbevideo von Europol zur Errichtung des neuen Anti-Schmuggler-Zentrums, dass dieses der Bekämpfung einer "humanitären Krise" dienen soll.

Die "Katastrophe" besteht jedoch darin, dass viele Fluchtwillige durch die Aufrüstung der EU-Außengrenzen zu immer risikoreicheren Routen gezwungen werden, was zu immer mehr Toten führt und schließlich die Tarife der Fluchthelfer in die Höhe treibt.

Matthias Monroy

"Über das Recht zu bleiben und zu gehen - Von Ouagadougou über Mitilini nach Nickelsdorf und weiter..."

Die Dublin-Regelung geschleift bis außer Kraft, Frontex mit dem Rücken zur Wand, Europas Grenzen außer Kontrolle: In neuer Dimension und mit anhaltender Hartnäkkigkeit haben die Bewegungen der refugees und migrants das EU-Grenzregime regelrecht überrannt. Das Recht auf Bewegungsfreiheit wird tagtäglich tausendfach durchgesetzt, im Zentralen Mittelmeer und in der Ägäis, durch Italien und über die Balkanroute, in Deutschland bis nach Skandinavien. Die Gegenseite versucht mit allen Mitteln, die verlorene Kontrolle zurückzugewinnen. Sie schärfen ihre Gesetze der Ausgrenzung und Entrechtung. Fast jeden Tag reißen sie immer noch und immer wieder Menschen in den Tod: erstickt in LKWs, ertrunken im Meer.

Doch die Selbstorganisation und das Selbstbewusstsein der Geflüchteten und Migrant_innen nehmen stetig zu, viele haben ihre Erfahrungen aus der Arabellion im Gepäck. Der Aufbruch zum "March of Hope" am 4. September im Budapester Bahnhof markierte einen neuen Höhepunkt. Davon inspiriert kam ein neuer Schub von „Refugee Welcome"-Initiativen in Gang, verknüpft mit einer riesigen medialen Aufmerksamkeit, nicht nur in Deutschland und Österreich überwiegend in positiv-solidarischer Berichterstattung für die Geflüchteten. Bei allen "Ambivalenzen dieser Hegemonie" – von bisweilen unerträglichem Paternalismus oder zynischen Nützlichkeitsdiskursen, inklusive Unterscheidung in gute und schlechte Flüchtlinge – sehen wir ein gesteigertes Potential für eine transnationale antirassistische Bewegung, die den "langen Sommer der Migration" weiter erfolgreich flankieren kann und gleichzeitig den Impuls geographisch und sozial ausweiten muss. Und spätestens an dieser Stelle gilt es auch, nicht an den Außengrenzen der Europäischen Union stehen zu bleiben, sondern in einer transnationalen (Solidaritäts-)Perspektive den Bogen zu sozialen und politischen Auseinandersetzungen in den Herkunftsländern von Geflüchteten und Migrant_innen zu schlagen.

Denn Fakt ist, dass sich die EU gerne als Feuerwehr präsentiert, wo sie doch selbst all zu häufig als Brandstifterin agiert – und zwar immer dann, wenn eigene Interessenslagen duchgeboxt werden sollen. Entsprechend sehen wir derzeit drei zentrale Herausforderungen:

Erstens: Fluchtwege freihalten – das Recht zu gehen!

Dazu gehören einerseits die Verstetigung und der Ausbau von Solidaritätsstrukturen entlang der gesamten Route. Von Initiativen im gesamten Mittelmeerraum wie Sea Watch (http://sea-watch.org/), Alarmphone (http://alarmphone.org/de/) oder dem Rasthaus für Migrantinnen und ihre Kinder in Rabat (http://afrique-europe-interact.net/1318-0-Das-Projekt.html), über konkrete Fluchthilfe- und Webguides bis hin zur materiellen Unterstützung von lokalen Projekten, insbesondere im Balkan beim Aufbau von Anlaufstellen und Gesundheitsposten.

Zum anderen braucht es politisch offensive Mobilisierungen wie die Konvois aus Wien nach Ungarn oder die Open-Borders Karawane aus Ljubljana .

Zweitens: Hintergründe thematisieren – das Recht zu bleiben!

Ob durch (Ressourcen-)Kriege und Waffenexporte, durch Unterstützung korrupter Eliten oder durch Landraub, Überfischung und knallharte Handelspolitiken (verkörpert durch das viel zitierte "globale Huhn"): es gibt wenige Gründe für Flucht und Migration, an denen die Global Player der Weltökonomie und somit auch Europa und Deutschland nicht bestens verdienen. Um so verlogener erscheinen die Politikerreden, in denen proklamiert wird, die Ursachen der Migration nunmehr anpacken zu wollen. Sie wollen allenfalls eine weitere Zurichtung im Ausbeutungsgefälle. Dagegen steht die Kooperation mit selbstorganisierten Initiativen und Kämpfen für soziale Gerechtigkeit im globalen Süden. Denn eines dürfte klar sein: An den neo-kolonialen Abhängigkeitsverhältnissen lässt sich nur etwas ändern, wenn soziale Basisbewegungen aus Afrika und Europa in großem Stil gleichberechtigt, verbindlich und direkt zusammenarbeiten. Ob in Mali oder Burkina Faso bei Kämpfen für das Recht zu bleiben (und somit für eine gerechte bzw. selbstbestimmte Entwicklung).

Oder in Syrien, wo es bis heute nicht nur hartnäckgigen Widerstand gegen das Assad-Regime und die IS-Truppen gibt, sondern auch beeindruckende Initiativen, Neues zu schaffen – ob in Erbin, Quamishli, Daraa oder Kobane.

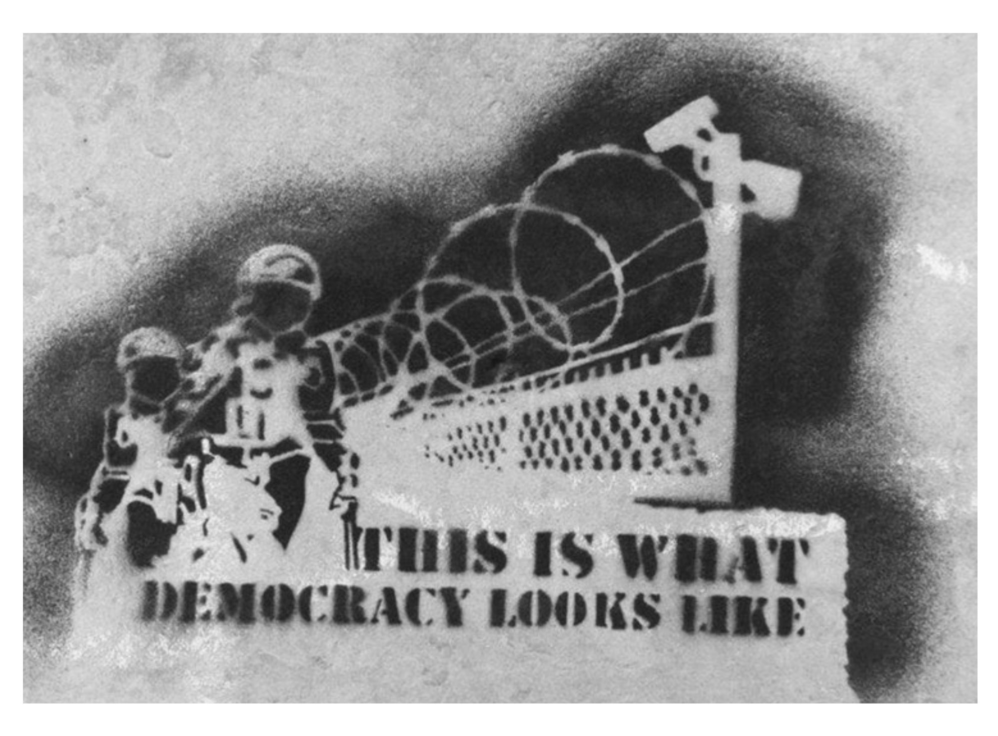
Drittens: Kämpfe verbinden zu einer sozialen Offensive!

Wie wird es weitergehen in Europa und in Deutschland? Gelingt den Herrschenden die Eindämmung der erfolgreichen Flüchtlingskämpfe? Suchen sie notfalls verstärkt den Pakt mir rechtspopulistischen und rassistischen Parteien und Organisationen? Gelingt eine soziale Spaltung im Unten, das Teile und Herrsche im Gegeneinander-Ausspielen sozialer Bewegungen? Oder kann der Impuls der Autonomien und Kämpfe der Migration in andere soziale Fragen übergreifen? Können die Märsche der Hoffnung Mut machen und eine neue Dynamik sozialer Kämpfe in Europa entfachen? Freiheit, Würde, Demokratie, soziale Sicherheit für sich und ihre Familien, dafür demonstrieren die Menschen auf der Flucht mit allem Einsatz, dafür lassen sie sich von Zäunen und Grenzen nicht aufhalten. Sie wollen ankommen am Ort ihrer Wahl, zumeist bei Verwandten und Freund_innen quer durch Europa, dort die Sprache lernen, vernünftig wohnen, arbeiten, leben. "Solidarity for all", der Slogan emanzipativer Netzwerke in Griechenland, wäre aufzugreifen, um alle Spaltungsversuche offensiv zu bekämpfen und gleichzeitig die "Normalität der Austerität", die Politik der Sozialkürzungen und Prekarisierung, neu anzugreifen. Bezahlbare Wohnungen für alle durch neue Wohnungsbauprogramme, Zugang für alle zu gesundheitlicher Versorgung und Bildung, bedingungslose Grundeinkommen und erhöhte Mindestlöhne: Diese sozialen Forderungen können und müssen mit neuem Leben gefüllt werden, durch soziale Aneignung und soziale Streiks, lokal bis transnational. Kurzum: Die Kämpfe der Geflüchteten und Migrant_innen haben die soziale Frage mit neuer Wucht auf die Tagesordnung gesetzt. Greifen wir sie auf, reißen wir die Grenzen nieder, in allen Ländern, in allen Köpfen!

Schließlich noch ein Wort zu uns und zur Frage, wie wir uns in diesen Kämpfen verorten: »Transact!« – dieser Slogan verleiht unserer gemeinsamen Überzeugung Ausdruck, dass regionale, überregionale und transnationale Kämpfe miteinander verbunden werden müssen. Dementsprechend suchen wir nach Möglichkeiten des "Crossover", der Brückenschläge zwischen verschiedenen Teilbereichsbewegungen und zwischen mehr und weniger radikalen Linken. Es geht uns um die Verbindungen zwischen unterschiedlichen sozialen Realitäten und Kämpfen – in unseren Augen eine zentrale Bedingung, um gegen das globale Ausbeutungsgefälle anzugehen. Wir beziehen

uns dabei auf vielfältige (Alltags-)Kämpfe und Sozialbewegungen, entsprechend sind wir in ganz unterschiedlichen Bereichen aktiv. In der folgenden chronologischen Collage sind einige dieser (Alltags-)Kämpfe schlaglichtartig skizziert und mit Links zum Weiterlesen versehen – und das vor allem hinsichtlich dessen, dass die diesbezüglichen Auseinandersetzungen zugleich exemplarische Antworten (unter anderem) auf besagte drei Herausforderungen enthalten.

Transact!



Of Hope.

Ungarn und der lange Sommer der Migration

Bahnhof Budapest Keleti, in der Nacht von Freitag, 4. September auf Samstag 2015. Kurz nach Mitternacht. Busse des öffentlichen Nahverkehrs kommen an, von Ungarns Regierung geschickt, um die Flüchtlinge, die dort seit rund einer Woche campieren, an die ungarisch-österreichische Grenze zu bringen. Noch misstrauisch, ob es sich erneut um einen hinterhältigen Trick der Regierung handelt, warten viele Flüchtlinge erst einmal ab. Doch langsam besteigen sie die Busse und machen sich wieder auf den Weg, an die nächste Grenze. Nach Tagen des Ausharrens sind sie wieder unterwegs, und nach Tagen brüllender Hitze setzt plötzlich, als ob auch das Wetter einen Schlußstrich unter diese Woche der Kämpfe setzen will, leichter Regen ein.

Im Laufe der Nacht und am darauf folgenden Tag überschreiten mehr als 10.000 Flüchtlinge die österreichische Grenze. Österreich und Deutschland hatten sich bereit erklärt, sie einreisen zu lassen. Viele weitere machen sich auf den Weg. Wir wollen in diesem Artikel rekapitulieren, was sich in der Woche in Ungarn und Europa zugetragen hat und einschätzen, was es für die Zukunft des europäischen Migrations- und Grenzregimes bedeutet.

Ungarns Position im EU-Grenzregime

Seit dem faktischen Ausscheiden Griechenlands aus dem Dublin-System im Jahr 2011 stellt Ungarn den südlichsten Schengen- und Dublinstaat im Südosten der EU dar, da sich der Schengenbeitritt Rumäniens und Bulgariens beständig hinauszögert. Die aktuell gängige Route, die Flüchtlinge auf dem Weg aus der Türkei in den Norden der EU einschlagen, führt über die Nicht-EU-Staaten Mazedonien und Serbien. Wenn auch rechtlich nicht unumstritten ist Ungarn daher zumindest auf dem Papier für die Durchführung der meisten Asylverfahren der Flüchtlinge verantwortlich, die über den Balkan reisen. Auffällig viele Flüchtlinge berichteten uns gegenüber über Misshandlungen durch die ungarische Polizei direkt nach dem Grenzübertritt aus Serbien: Die Flüchtlinge werden nach dem Grenzübertritt routinemässig für einige Tage inhaftiert, auch Frauen mit kleinen Babys, offiziell zur „Registrierung". Doch selbst anerkannte Flüchtlinge sind in Ungarn regelmässig von Obdach- und Arbeitslosigkeit betroffen. Die allgemein schlechte wirtschaftliche Lage in Ungarn, welches stark von der Finanzkrise 2008 betroffen war, betrifft auch Flüchtlinge. Hinzu kommt die nationalistische und offen rassistische Orientierung der ungarischen Regierung unter Victor Orbán. Ihre Abneigung gegenüber Flüchtlingen stellte die Regierung erst kürzlich sogar ganz öffentlich und landesweit auf Plakaten zur Schau: „Wenn du nach Ungarn kommst, darfst du den Ungarn keine Jobs wegnehmen" stand da etwa zu lesen.

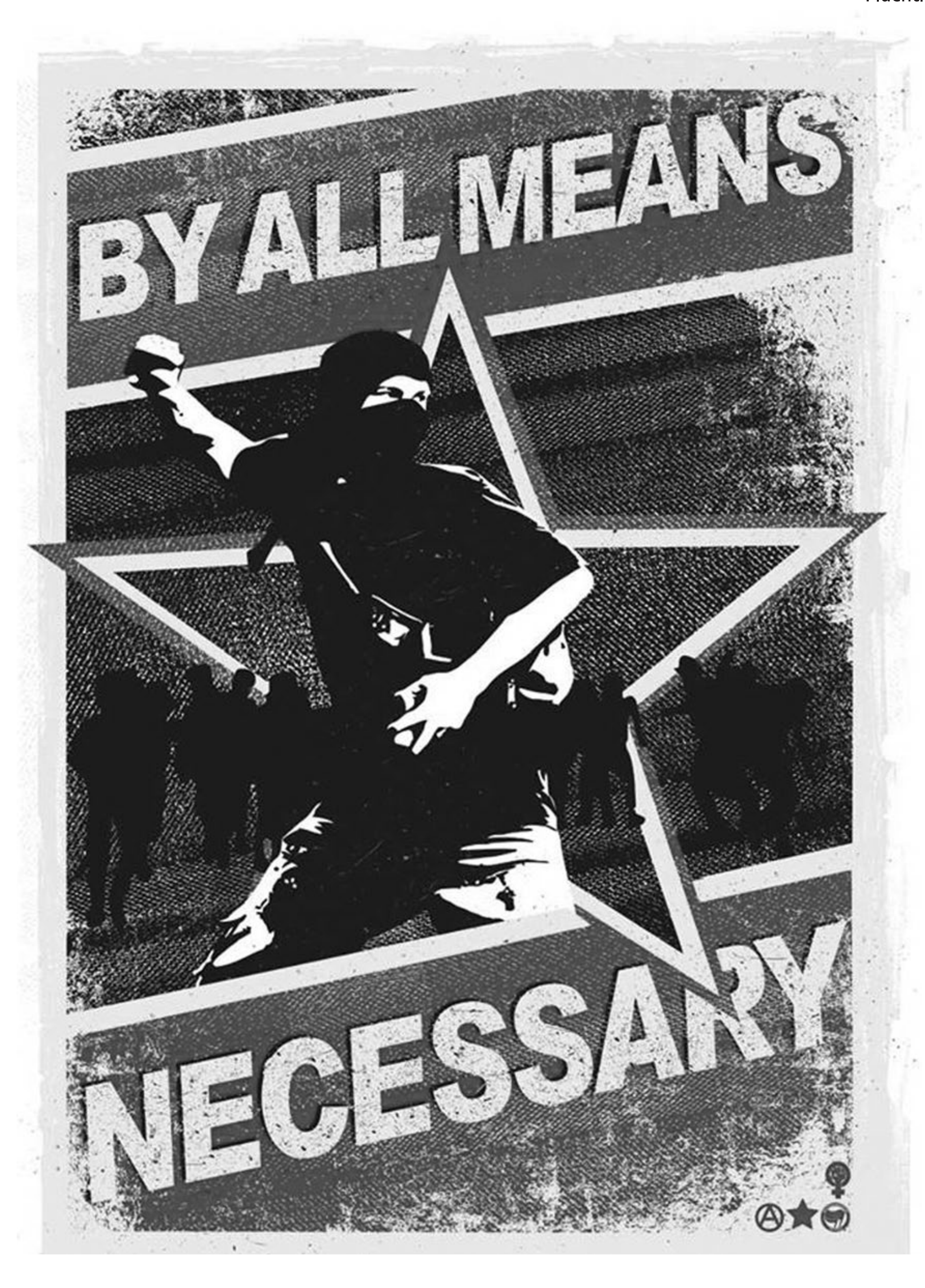
Im Juni 2015 machte die ungarische Regierung einen offensiven Schritt nach vorne: Es wurde öffentlich verkündet, dass aus „technischen Gründen" keine Dublin-Rücküberstellungen mehr akzeptiert werden würden. Diese Ankündigung musste nach erheblichem Druck, vor allem von Österreich, allerdings schon einen Tag später wieder zurückgenommen werden. Sie diente wohl vor allem dazu, Druck auf den EU-Gipfel am 25./26. Juni auszuüben, auf dem es auch um die Asyl- und Migrationspolitik gehen sollte und bei der die Ergänzung Dublins durch ein freiwilliges Quotensystem diskutiert wurde. Weiterhin war zum damaligen Zeitpunkt bereits der Bau eines rund 175 km langen Zaunes an der Grenze zu Serbien angekündigt worden, was innerhalb der EU massivst kritisiert wurde.

Nachdem seit dem Frühling 2015 die Ankunftszahlen in Griechenland immer weiter gestiegen waren und sich immer mehr Flüchtlinge über die Balkan-Route auf den Weg nach Norden machten, kamen auch immer mehr Flüchtlinge in Ungarn an. Während im Juli des Jahres „nur" jeweils 1.000 bis 1.500 Personen pro Tag an der Grenze zu Serbien aufgriffen wurden, stieg die Zahl immer weiter an und lag zuletzt zeitweilig sogar bei über 3.000. Pro Tag, wohl gemerkt. Damit war auch der eigentliche Plan der ungarischen Regierung, möglichst viele der Flüchtlinge über einen längeren Zeitraum zu inhaftieren und damit einen Abschreckungseffeckt zu generien, obsolet. Es fehlten schlichtweg die Kapazitäten, um Zehntausende längerfristig zu inhaftieren; die Flüchtlinge wurden nach ein paar Tagen frei gelassen und reisten weiter nach Budapest. Die beiden großen Budapester Bahnhöfe, Keleti und Nyugati, entwickelten sich bereits seit Anfang des Jahres zur Drehscheibe, an der die Weiterfahrt organisiert wurde. Diese gelang im Regelfall im Rükgriff auf Schlepper, die Autotransporte nach Österreich und weiter organisierten. Laut unseren Quellen lag der Preis dafür bei etwa 200 Euro pro Person. Allein die-

ses relativ billige und ausreichend vorhandene Angebot führte dazu, dass nur einige Dutzend oder zeitweilig auch mal hunderte Flüchlinge an den beiden Budapester Bahnhöfen präsent waren. Aber nie mehr. Die informell organisierte Weiterwanderung funktionierte relativ reibungslos. Diese Einschätzung wird auch dadurch belegt, dass in den bayerischen und österreichischen Gefängnissen gegenwärtig hunderte „Fahrer" inhaftiert sind und auf ihre Prozesse wegen angeblicher Schlepperei warten.

Gerüchte und unintendierte Konsequenzen

Am Dienstag, den 25. August verlautete aus dem deutschen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), dass Deutschland bis auf weiteres Dublin-Rücküberstellungen von syrischen Flüchtlingen aussetzen werde. Wie sich herausstellte, handelte es sich dabei nur um eine interne Richtlinie ohne rechtliche Bindung, die im BAMF auch noch umstritten war. Dennoch sprach sich die Nachricht in kürzester Zeit unter den syrischen Flüchtlingen herum. Alle Versuche der Bundesregierung, die Massnahme zu relativieren, kamen zu spät: Deutschland wurde zum Zielland Nummer Eins in Europa.



Am Donnerstag, den 27. August entdeckte die österreichische Polizei 71 Leichen von Flüchtlingen in einem LKW, der an einem Autobahnparkplatz südlich von Wien abgestellt war. In Folge dessen intensivierte die österreichische Polizei die Fahndung nach Schleppern. Spätestens ab Montag, den 31. August kam es deswegen zu massiven Polizeikontrollen auf den Autobahnen, die von Ungarn nach Österreich führen, es bildeten sich Rückstaus von bis zu 50 km Länge. Die Schlepper stellten ihre Tätigkeiten nachvollziehbarerweise weitestgehend ein.

Die ungarische Polizei hinderte zugleich Flüchtlinge daran, internationale Züge zu besteigen. Erst dadurch wuchs das informelle Camp am Bahnhof Keleti auf mehre Tausend an.

Am Montag, den 31. August, sprach sich das Gerücht herum, dass Deutschland die in Ungarn gestrandeten Flüchtlinge per Sonderzug abholen würde, während die ungarische Polizei sich komplett vom Bahnhof zurückzog. Ein Run auf die Züge (#trainofhope) setzte ein, im Laufe des Tages konnten mehrere Tausend Flüchtlinge Ungarn verlassen und kamen ein paar Stunden später in Wien und bald auch in München an. Österreich unternahm nichts, um die Flüchtlinge aufzuhalten, auch Flüchtlinge, die an den Wiener Bahnhöfen auf ihre Weiterreise warteten, wurden nicht aufgehalten.
Es ist davon auszugehen, dass Deutschland und Österreich spätestens jetzt hinter den Kulissen immensen Druck auf Ungarn ausübten. Der österreichische Bundeskanzler Feynmann mahnte Ungarn sogar öffentlich, seinen Verpflichtungen nachzukommen. In Folge dessen sperrte die ungarische Polizei am Dienstag, den 1. September, den Budapester Bahnhof für Flüchtlinge, von denen sich immer noch mindestens 3.000 am Bahnhof aufhielten und die immer mehr wurden.

Diese Situation hielt bis Donnerstag, den 3. September an. An diesem Tag wurden alle internationalen Zugverbindungen ausgesetzt, den Flüchtlingen wurde jedoch mitgeteilt, dass sie mit Regionalzügen an die österreichische Grenze fahren könnten. Doch der erste Zug mit rund 600 Flüchtlingen

wurde 35 km außerhalb von Budapest in einem Ort namens Bicske aufgehalten und von Polizei umstellt. Dort befindet sich eines der ungarischen Flüchtlingslager, in welches die Polizei die InsassInnen des Zuges transportieren wollte. Diese weigerten sich jedoch und verharrten rund 30 Stunden in dem Zug. Gleichzeitig verbreitete sich die Nachricht von der Finte, woraufhin keine weiteren Flüchtlinge in Züge stiegen.

Am Freitag, den 4. September, kam es zum bisherigen Höhepunkt dieses Kampfes um Bewegungsfreiheit. Wie schon am Vortag angekündigt brachen mehrere tausend Flüchtlinge am frühen Nachmittag zu Fuß auf, um sich auf den 170 km langen Marsch an die ungarisch-österreichische Grenze. Ihr erklärtes Ziel: Österreich und Deutschland. Auch in Bicske machten sich rund 300 der am Vortag aufgehaltenen Flüchtlinge zu Fuss auf den Weg und liefen auf den Bahngleisen gen Westen. Schon am Morgen hatten weitere 300 in Röszke, nahe der ungarisch-serbischen Grenze, internierte Flüchtlinge den Zaun um das Lager überwunden, wurden aber später wieder von der Polizei festgehalten. Die am Bahnhof Keleti verbliebenen Flüchtlinge wurden am Nachmittag von ungarischen Hooligans angegriffen, konnten den Angriff aber zurükkschlagen.

Der Marsch gen Westen, der sich schnell unter dem Hashtag #marchofhope herumsprach, kam relativ zügig voran und erreichte bald eine zweispurige Autobahn. Die Bilder des Marsches werden sicherlich in die Ikonographie dieses langen Sommers der Migrationen eingehen, eine lange Reihe von Menschen, die sich nach einer Woche des Ausharrens die eigene Mobilität wieder aneignen und kollektiv Budapest verließen. Unter dem Eindruck dieser Bilder und dem Wissen um das Scheitern einer repressiven Strategie erklärten Deutschland und Österreich, dass sie ihre Grenze öffnen und die Flüchtlinge aufnehmen würden, woraufhin die ungarische Regierung den Bustransport zum Grenzübergang organisierte. Über das Wochenende gelangten mindestens zehntausend Flüchtlinge nach Deutschland. Die Grenzen waren endlich offen.

Bewertung

Uns ist es wichtig festzuhalten, dass die von uns oben geschilderte Episode aus dem langen Sommer der Migration unterstreicht, wie durchlässig das Grenzregime schon vorher war, es aber erst die Störungen der Mobilität waren, die die Aufmerksamkeit darauf lenkten.

Nachdem die türkisch-griechische Grenze seit Monaten de facto geöffnet war, hatten sich schon in den letzten Monate viele Menschen auf den Weg nach Norden gemacht. Griechenland beschränkte sich darauf, den Weitertransport der Flüchtlinge von den Ägäis-Inseln an die mazedonische Grenze zu gewährleisten. Mazedonien und Serbien ließen den Transit der Flüchtlinge zu, und auch in Ungarn wurde nicht allzu engagiert gegen die informellen Logistiker der Flucht, die die Weiterreise nach Deutschland organisierten, vorgegangen. Es war wie ein unausgesprochener Pakt der Transitländer: Weitergehen, hier gibt es nichts zu sehen.

Die erste Störung setzte jedoch ein, als Mazedonien im August kurzzeitig, und erfolglos versuchte, die Grenze zu Griechenland zu schließen. Dies führte zu einem Stau, der sich einige Tage später in einer verstärkten Ankunft in Ungarn manifestierte. Sicherlich hatte auch die angekündigte baldige Fertigstellung des ungarischen Zauns dazu beigetragen, dass nocheinmal vermehrt Flüchtlinge den Grenzübertritt versuchten. Doch erst die effektive Blockade des ungarisch-österreichischen Abschnitts ließ die Situation in Ungarn in einer Art und Weise eskalieren, dass nun die zeitweilige, wenn auch vollständige Suspendierung des Grenzregimes im Inneren notwendig wurde.

Allgemein, dies sehen nicht nur wir so, wird der Sommer der Migration (aka „europäische Flüchtlingskrise“) als Krise des europäischen Projekts gesehen. Leider äußert sich diese Einsicht weniger in einer grundsätzlichen Kritik am Schengener Grenzregime und der Dublin-Verordnung, als in einem geschichtsvergessenen Appell an die EU-Mitgliedsstaaten, sich nun endlich solidarisch zu zeigen und eine gemeinsame europäische Lösung zu finden. Dabei wird so getan, als wäre erst 2015 das Sankt-Florians-Prinzip und das Recht des Stärkeren in die europäische Migrationspolitik eingezogen.

Der kurioseste Aspekt ist wahrscheinlich das komplette Unvermögen der ungarischen Regierung, eine humanitäre Katastrophe im Zentrum der Hauptstadt zum eigenen Vorteil auszuspielen. Statt mit Verweis auf die eigene geographische Lage, die begrenzten Ressourcen und das schützenswerte menschliche Leben Konzessionen von Europa zu fordern, polterte Victor Orbán durch Europa und ließ seinem Rassismus und Chauvinismus freien Lauf. Als paradoxe Konsequenz steht nun Ungarn für den lieblosen Versuch, die Regeln des europäischen Grenz- und Migrationsregime aufrechtzuerhalten, am Pranger, während Deutschland trotz seiner Rolle als Architekt und Triebkraft eben jenes Gebildes nun für sein humanitäres Handeln weltweit gelobt wird.

Der zweifellos schönste Aspekt ist jedoch, dass mit den Flüchtlingen aus Syrien auch die ursprüngliche Kraft und Hoffnung des arabischen Frühlings ein zweites Mal nach Europa gekommen ist und die Grenzen herausgefordert hat. Der Rhythmus und die Entschlossenheit der Parolen, die über Tage hinweg gegen die Polizeikette am Haupteingang des Budapaster Bahnhof gerufen wurden, wirkten seltsam vertraut. Und auch das Bild des Einbeinigen, der mit einem Foto von Angela Merkel um Hals den Marsch nach Österreich anführte, lesen wir keineswegs als Selbstviktimisierung, sondern im Gegenteil: Es ist vielmehr Ausdruck einer unglaublichen Entschlossenheit, das Ziel zu erreichen, zur Not eben zu auch Fuß und mit nur einem Bein. Diese Entschlossenheit traf in den letzten Tagen auf mehr und mehr UnterstüzerInnen in ganz Europa, die über Facebook und Twitter Hilfe jenseits des Staates organisieren. Bis hin zum Aufruf zum kollektiven, offen praktizierten Menschenschmuggel, dem am Sonntag, den 6. September tatsächlich 140 Autos aus Wien folgten, unbehelligt von der Polizei.

Angesichts der vielen Flüchtlinge, die immer noch in Griechenland sind, oder dort gerade erst ankommen, ist davon auszugehen, dass es die nächsten Wochen und Monate so weiter gehen wird. Die Grenzen sind offen, das Grenzregime ist in der Defensive. Doch die Strategen in Brüssel und Berlin arbeiten schon an den nächsten Volten, dies ist klar. Eine EU-weite Liste so genannter „sicherer Herkunftsstaaten“, große Internierungslager an den Grenzen der EU (innerhalb, denn auch der Traum der Externalisierung scheint erstmal auf Eis gelegt), ein Verteilungssystem nach Quoten, was aber nur als Überdruckventil für Dublin, nicht dessen Ersatz darstellen soll und alles in allem mächtigere, zentrale europäisierte Institutionen des Asyls und des Grenzschutzes.
Das europäische Grenzregime wird nach diesem Sommer anders aussehen, aber vor allem bleibt die Botschaft, dass es überwunden werden kann. Auch dies wird sich sicherlich bald wiederholen.

Bernd Kasparek / Marc Speer

Recherche Auswertung zum 12.09.

Der „Tag der Deutschen Patrioten“ am 12.09.2015 verlief nicht so, wie die Neonazis es geplant hatten. In einem Eilverfahren entschied das Bundesverfassungsgericht in der Nacht zu Samstag, dass der „Tag der deutschen Patrioten“ verboten bleibt.Trotz des Verbots erschienen an diesem Tag einige Neonazis in Hamburg.

Der Orga-Kreis koordinierte etwa 30 meist voll besetzte Autos und etwa 200 Neonazis die mit dem Zug unterwegs waren zwischen Hamburg, Bremen und Kirchweyhe. Inklusive der dezentralen Aktionen waren am 12.09. innerhalb Deutschlands etwa 500 Neonazis unter dem Motto „Tag der Deutschen Patrioten“ unterwegs.Im Vorfeld der Demonstration wurden laut Thorsten de Vries' Aussage bereits um die 500 polizeiliche Aufenthaltsverbote für Neonazis und rechte Hooligans in ganz Deutschland ausgestellt. Außerdem hätten Busunternehmen sieben bereits gebuchte Busse, die aus Süddeutschland kommen sollten, abgesagt, sodass Neonazis aus dem Raum Süddeutschland eine 16-stündige Zugfahrt auf sich hätten nehmen müssen, um an einer verbotenen Veranstaltung in Hamburg teilzunehmen. Was De Vries' von den unflexiblen Kameraden hält, äußerte er zuvor in hier sichergestellten Sprachnachrichten.In Anbetracht eines drohenden Verbotes riefen sowohl de Vries als auch Marcel Kuschela bereits Tage zuvor dazu auf, dennoch nach Hamburg zu reisen. Am Freitag Nachmittag, vor Verkündung des endgültigen Verbotes, verbreitete die Orga-Truppe ihren Plan B: „Moin moin, Hamburg wird natürlich weiter bis ins letzte Gericht geklagt, wenn wirklich etwas nicht so laufen sollte wie wir es möchten dann wird Plan B greifen.

Plan B wurde auf dem Orgameeting in Hamburg ohne Handys besprochen, und wie der Plan läuft wissen nur die Leute die in diesem Zimmer saßen. Die Anreise wäre für alle fast die selbe und die Reisegruppen werden einwenig umgeleitet. Also es heißt natürlich weiterhin: ALLES FÄHRT RICHTUNG HAMBURG !“Plan B: Hamburg-Bremen-KirchweyheDezentrale Aktionen sollten es möglichst vielen Neonazis ermöglichen, auf unterschiedlichen Straßen Präsenz zu zeigen. Trotz des geltenden Verbotes setzten sich ca. 200 Neonazis Hamburg als Ziel.Am Hamburger Hauptbahnhof kam es am Morgen zu einem Angriff von ca. 30 Neonazis aus Hamburg und Schleswig Holstein . Die bisher identifizierten Neonazis Mario Zitzlaff, Marian Herzfeld, Andreas Knüppel, Benjamin Schmidt, Patrick Thun, Jan Franke und Andreas Kachelmann versuchten vermutlich von Hamburg den Metronom nach Bremen zu nehmen. Der Neonazi Andreas Kachelmann schlägt und tritt während des Angriffs immer wieder auf eine am Boden liegende Person ein und hört erst auf als ein anderer mit angreifender Neonazis ihn abhält. Des Weiteren versuchte NPD-Sympathisant Andreas Witt, Betreiber des Tattoo-Ladens „Stichwerk Hamburg“ am Hauptbahnhof Antifaschist_innen zu fotografieren.

Neben diversen Kleingruppen von Neonazis die an diesem Tag in Hamburg unterwegs waren, wurden 34 Neonazis unter anderem aus dem Umfeld von „Widerstand Heidenau“ und der „Freundeskreis Aktionsgruppe MuP“ am Hauptbahnhof festgesetzt. Zuvor versuchten sie Menschen im Hauptbahnhof anzugreifen. In der Gruppe befanden sich auch Norman Krüger (Schleswig-Holstein) und NPD-Mitglied Markus Kopplow (Mecklenburg-Vorpommern).

Bremen

Etwa 200 weitere Neonazis versuchten am Morgen des 12.09. den Plan B in der Hansestadt Bremen umzusetzen. Gegen 10.30 Uhr versammelten sich vor und in dem Bistro „Alex“ am Domshof etwa 70 Neonazis. Mit dabei Neonazis der Bruderschaft „Nordic 12“, „Nordic Valkyrien“, „Die Rechte“, „Berserker Deutschland“, „Widerstand Hamburg“ und der NPD. Neonazis wie Markus Privenau, Daniela Bliesener, Sven Reichert und Stefan Boswinkel warteten Bier trinkend auf den Rest der noch anreisenden Neonazis. Im Umfeld bewegten sich mehrere Kleingruppen, sodass die Situation recht unübersichtlich war. Detlev Bruel (NPD-HH) fungierte an diesem Tag als Späher im Umfeld des Versammlungsortes. Relativ zeitnah untersagte die Polizei auch die Kundgebung in Bremen, woraufhin sich die Neonazigruppe plötzlich in Bewegung setzte, um sich von den anwesenden Polizeikräften abzusetzen. Etwa 20 TeilnehmerInnen konnten sich der überforderten Polizei entziehen, die verbliebenen 50 Neonazis wurden am Domshof eingekesselt und deren Personalien aufgenommen.Ein Teil der Neonazis die sich rechtzeitig der polizeilichen Maßnahme entzogen, versammelte sich einen Platz weiter vor der Rathaus-Apotheke. Dort koordinierten Henrik Ostendorf und Michael Hampe die Weiterreise der Neonazis zum Einen per Telefon, zum Anderen direkt an die Reisegruppen vor Ort und dirigierten alle nach Kirchweyhe. Die Neonazis aus dem Kessel am Domshof wurden derweil in Bussen zum Hauptbahnhof Bremen gesetzt. Dort nahm ein Teil den Zug zur vermeintlichen Abreise, stieg jedoch auf Ostendorfs Anweisung per Telefon in Kirchweyhe wieder aus. Eine Kleingruppe um Sven Reichert, Markus Privenau und Stefan Boswinkel verfolgten das gleiche Ziel. Im Bremer Hauptbahnhof kam es daraufhin zu einem Angriff der Neonazis, in Folge dessen Reichert festgenommen wurde.

Kirchweyhe

In Kirchweyhe zeichnete sich eine ähnlich chaotische Situation ab. Während sich einige Neonazis in ihren Autokolonnen noch auf der Anreise befanden, verließen Mitglieder der Orga-Gruppe um Jens und Manulea Jagemann, sowie Marcel Kuschela und Thorsten de Vries in ihren Autos bereits wieder die Ortschaft. Auf einer Dorfstraße stoppte de Vries eine Autokolonne und machte seinen Unmut über den gescheiterten Plan B Luft, indem er wutentbrannt seine Reisegruppe zusammenschrie.Zuvor hatten etwa 150 Neonazis eine Spontandemonstration abgehalten. Unter Parolen wie „Deutschland den Deutschen-Ausländer raus!“ marschierten sie durch den kleinen Ort. Zwecks Koordination stand Andreas Haack (NPD-Stade) am Ortseingang an einer Tankstelle, telefonierte und kontrollierte die herein fahrenden Autos. Zeitgleich kamen die ersten nachgereisten Neonazis mit dem Zug aus Bremen in Kirchweyhe an. Die Polizei zog weit verzögert nach, sodass ein Großteil der TeilnehmerInnen bereits verschwunden war als diese eintraf. Lediglich um die 80 Neonazis wurden am Bahnhof festgesetzt. Darunter bekannte Neonazis wie Denny Reitzenstein (AG Nordheide), Marcel Brunner (GSD), Martin Fitsch (GSD-Hamburg), Adam Latzko (NPD Hamburg), Sven Mazurek (NPD Hamburg), Sarah Eitel (NPD Sympathisantin Hamburg) und Patrick Schröder (FSN-TV). An einer Tankstelle in der Nähe wurde ein Autokonvoi zur Personalienfeststellung festgesetzt. Mit dabei Christian Moskill von „Widerstand Hamburg“ und Matthias Bückle aus dem Umfeld der „Berserker Pforzheim“. In Kirchweyhe waren insgesamt etwa 30 Autos meist voll besetzt aus Hoyerswerder, Hamburg, Bremen, Vechta, Rotenburg an der Wümme, Heidekreis, Lüneburg, München, Ratzeburg, Diepholz, Hagen, Euskirchen, Schwandorf, Verden, Osterholz-Scharmbeck und Magdeburg. Bundesweite dezentrale Aktionen-Aufgrund des Verbots in Hamburg haben sich einige Neonazis für dezentrale Aktio-

nen entschieden.Bei vielen rechten Aktivitäten an diesem Tag ist ein Zusammenhang zum „Tag der Deutschen Patrioten“ offensichtlich oder zumindest nahe liegend. Am Morgen des 12.09. marschierten gegen 7 Uhr 40-60 Neonazis unter rassistischen Parolen durch die Rigaer Straße in Berlin. Die Gruppe u.a. aus dem Umfeld des NW-Berlin konnte durch antifaschistischen Widerstand aufgehalten werden. Die später eintreffende Polizei nahm noch 41 Neonazis fest.
Die Neonazis aus dem Umfeld der Partei „Die Rechte“ verteilten ersatzweise rassistische in Flyer in Dortmund. In Bamberg versuchte die NPD auch wegen der zahlreichen „Aufenthaltsverbote“ für Hamburg eine Kundgebung zu veranstalten. Diese Veranstaltung wurde von der Polizei ebenfalls verboten.Christian Hehl (NPD Mannheim/rechter Hooligan) und Melanie Dittmer („Identitäre Aktion“/„Dügida“) versuchten zunächst in Mannheim eine Kundgebung anzumelden. Als diese verboten wurde wichen die etwa 50 Neonazis nach Ludwigshafen aus, wo sie nach dem dritten Redebeitrag von der Polizei unterbrochen worden sind.Am Abend des 12.09. versuchten Neonazis in Schwerin eine Demonstration gegen eine Unterkunft für Geflüchtete zu organisieren. Den etwa 50 Rassist_innen wurde ebenfalls eine Versammlung untersagt.In Neuruppin griffen Neonazis gezielt das linksalternative Wohnprojekt „MittenDrin e.V.“ an. Fensterscheiben wurden zerschlagen und Bewohner_innen bedroht. Kurze Zeit danach wurden linke Jugendliche angegriffen und verletzt.

Insgesamt gab es sieben Aufmarschversuche in ganz Deutschland mit Bezug zum „Tag der deutschen Patrioten“, sechs davon sind als Ersatzveranstaltungen verboten worden. In Kirchweyhe ist es gelungen spontan zu demonstrieren. Auch wenn der 12.09. nicht so stattgefunden hat wie erwartet und es für die Neonazis sicherlich kein großer Erfolg ist mit lediglich 500 Leuten verteilt in ganz Deutschland dezentrale Kleinveranstaltungen abzuhalten, ist nicht davon auszugehen, dass die rassistische Mobilisierung nachhaltig geschwächt wurde. Das Personenpotential ist an diesem Tag nicht sichtbar geworden. Eine weitere Machtdemonstration und eine erneute Dominanz auf der Straße konnte zwar in Hamburg verhindert werden, allerdings sind die neuen Banden zwischen Rockern, rechten Hooligans, organisierten Neonazis und Rassist_innen bereits geknüpft. Das Selbstbewusstsein ist ausreichend gestärkt um einen Teil der rassistischen Agitation vom Internet auf die Straße zu tragen. Die alltäglichen Demonstrationen gegen Asylsuchende, Übergriffe auf Geflüchtete, Unterkünfte und deren Supporter_innen stehen im Kontext dieser Bewegung, die mit Köln 2014 aktiviert wurde und sich momentan eher weiter radikalisiert.
Der nächste Versuch der Hooligans ist bereits angekündigt: am 25.10. soll der „Erfolg“ von Köln wiederholt werden.

Rückblick:

Kein „Tag der Patrioten“



Besser spät als nie: Hier unser – sicherlich unvollständige – Bericht zu den antifaschistischen Aktivitäten gegen den geplanten Naziaufmarsch am 12.09.15 in Hamburg. Auch wenn der Aufmarsch aufgrund des Verbots des Bundesverfassungsgerichts nicht stattfand, wollen wir eine kleine Einschätzung wagen.

Fasizme Karsi Omuz Omusa

Bereits am Abend vor dem angekündigten Naziaufmarsch fand eine internationalistische Vorabenddemonstration statt. Vor dem Hintergrund eines bundesweiten Aktionstages zum Gedenken an den Angriff des Islamischen Staates auf Kobane vor einem Jahr, versuchte die Demonstration den Kampf gegen reaktionäre und faschistische Bewegungen hier und in Kurdistan/Türkei zu verbinden. Unter dem Motto: „Von Hamburg bis Rojava – Schulter an Schulter gegen Faschismus!“ zogen etwa 2000 Menschen – kurdische und deutsche Linke – durch das Schanzenviertel.
Auf ihrem Weg wurde die Demonstration vom Dach der Roten Flora mit Pyrotechnik und einer riesigen PKK-Fahne begrüßt. Zeitgleich hatte sich auch im vorderen Teil der Demo Menschen entschieden, sich über das Verbot hinwegzusetzten und schwenkten mehrere Fahnen der Kurdischen Arbeiterpartei. In mehreren Redebeiträgen wurde die Aufhebung des PKK-Verbots und die Streichung von der EU-Terrorliste gefordert. Die Demo zog im Anschluss weiter in Richtung des Untersuchungsgefängnis Holstenglacis, wo zur Zeit erneut eine kurdische Aktivistin wegen dem Verstoß gegen das PKK-Verbot inhaftiert ist. Mit Parolen für die Freiheit aller politischen Gefangenen, Musik und Tänzen wurde die Demo nach einer kurzen Abschlussrede beendet.

Nicht einen Tag…

Am späten Abend des 11.09. bestätigt das Bundesverfassungsgericht das Verbot des Naziaufmarschs. Damit war klar, dass die Nazis keinen genehmigten Aufmarsch in Hamburg durchführen werden.
Trotzdem sammelten sich am Morgen des 12.09. viele hundert Antifaschist*innen an den vorher bekanntgegebenen Treffpunkten, um dort die Situation und das weitere Vorgehen für den Tag zu diskutieren. Die meisten machten sich auf den Weg zur Demonstration des Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR). Vom Treffpunkt am Uni Campus liefen 200-300 Menschen in einer unangemeldeten Spontandemo zur Auftaktkundgebung des HBgR. An der anschließenden Demo beteiligten sich etwa 14.000 Menschen, aus verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Spektren.
Zeitgleich versuchten hunderte Antifaschist*innen mit dem Zug nach Bremen zu fahren, nachdem sich abzeichnete, dass die Nazis dort eine Ersatzveranstaltung planen. Allerdings schaffte es nur ein kleiner Teil rechtzeitig, da der Zugverkehr im gesamten Hauptbahnhof für circa 2 Stunden eingestellt wurde. In Bremen sammelten sich 60-70 Nazis, deren Veranstaltung aber ebenfalls von den örtlichen Behörden untersagt wurde. Bis zu 1000 Antifaschist*innen demonstrierten darauf hin durch die Stadt an der Weser.
Am Hamburger Hauptbahnhof kamen währenddessen vereinzelte Gruppen und Grüppchen von Nazis an. Auf einem Bahn-

gleis kam es zu einer Auseinandersetzung mit einer 30köpfigen Gruppe Faschisten aus Hamburg und Schleswig-Holstein. Die Nazis griffen mehrere Antifaschist*innen an und konnten erst nach einiger Zeit zurück in die Bahn getrieben werden. Das Abteil mit den Nazis wurde daraufhin von der anderen Seite mit Steinen und Feuerwerkskörpern beschmissen. Dennoch ist zu fragen, wie es passieren kann, das Nazis im Bahnhof – in dem sich zu dem Zeitpunkt hunderte Antifaschist*innen befanden – Menschen angreifen und verletzen konnten. Auch wenn der Vorfall schon viel diskutiert wurde: Eine Reflektion von militantem Gestus und tatsächlicher Praxis bleibt für die radikale Linken sicherlich aktuell.

Der weitere Tag verlief in Hamburg vergleichsweise ruhig. Kein Nazi machte einen Schritt vor den Bahnhof. Die verschiedensten Gerüchte von umherstreunenden Nazihools in den umliegenden Stadtteilen stellten sich größtenteils als falsch heraus. Dennoch kam es am Rande der HBgR-Demo zu einem Wasserwerfereinsatz der Polizei und vereinzelten Rangeleien – die genauen Hintergründe für das überzogene Vorgehen der Polizei ließen sich nicht erkennen. Die Abschlusskundgebung des HBgR konnte aber wie geplant gegen16 Uhr vor dem Hauptbahnhof beendet werden.Viele Menschen zogen im Anschluss ins Schanzenviertel. Dort fanden sich vor der Roten Flora mehrere hundert Menschen für eine Spontandemonstration ein, die aber nach wenigen Metern von einem massiven Polizeiaufgebot gestoppt wurde. Scheinbar wollte die Hamburger Polizeiführung noch einmal Stärke zeigen und eine medienwirksamen Auseinandersetzung mit „Autonomen“ inszenieren. Brutal gingen sie mit Wasserwerfer, Schlagstöcken und Reizgas gegen kleine Gruppen auf dem Schulterblatt vor. Mehrere Unbeteiligte wurden verletzt, selbst herbeieilende Sanitäter*innen wurden an ihrer Arbeit gehindert und gezielt angriffen.Während am Morgen noch von einem polizeilichen Notstand die Rede war, standen am Nachmittag und Abend etliche Hundertschaften bereit und provozierten und drangsalierten Menschen auf St. Pauli und im Schanzenviertel.

Parallel zu unseren Aktivitäten am Mittag hatte der Senat zu einer „Hamburg bekennt Farbe“-Kundgebung auf dem Rathausmarkt geladen. Dort präsentierte Bürgermeister Scholz öffentlichkeitswirksam Hamburg als weltoffene und tolerante Stadt. Darüber, dass die Politik der regierenden SPD gegenüber geflüchteten Menschen eine komplett andere ist, wurde selbstredend kein Wort verloren. Mit etwa 4000 Teilnehmer*innen blieb der plumpe Versuch, auf den letzten Drücker eine Konkurrenzveranstaltung zur HBgR-Demo zu organisieren, von mäßigem Erfolg gekrönt. Trotzdem probierten die örtlichen Medien sich in der Spaltung zwischen „guten“ und „gewaltbereiten“ Demonstrierenden. Insbesondere die abendlichen Scharmützel vor der Roten Flora wurden zur großen Randale aufgebauscht und das Bild der „Chaoten“ dem vom „friedlichen Protest“ auf dem Rathausmarkt entgegengestellt.

13.09.: Aufmarsch türkischer Rechter und Faschisten

Für viele Antifaschist*innen war das Wochenende am 12.09. noch nicht zu Ende. Am darauf folgenden Tag fand eine Demonstration türkischer Nationalisten und Faschisten statt. Bis zu 1000 türkische Rechte, unter ihnen hunderte Anhänger*innen der faschistischen MHP (Graue Wölfe), zogen durch die Innenstadt.
Der Kurdische Kulturverein in St. Georg sah sich im Kontext der aktuellen Übergriffe in der Türkei und Deutschland einer konkreten Gefahr ausgesetzt. 250 kurdische und deutsche Linke trafen sich deshalb am 13.09. vor dem Verein, um diesen gegebenenfalls gegen Angriffe der Faschisten schützen zu können. Nachdem die angemeldete Demonstration der Nationalisten und Faschisten aufgrund ihres hohen Gewaltpotentials frühzeitig durch die Veranstalter und die Polizei beendet wurde, versuchten mehrere Gruppen der „Grauen Wölfe“ in Richtung des Vereins zu gelangen. Die Polizei kesselte sie allerdings ein und erteilte Platzverweise. Zu einem Übergriff auf den kurdischen Verein kam es an diesem Tag nicht.

Kleines Fazit

Als Teil des Bündnisses „Nicht einen Tag den deutschen Patrioten“ beteiligten wir uns an der Vorbereitung und praktischen Umsetzung der antifaschistischen Aktivitäten. Ein zentrales Anliegen war dabei, stärker Positionen der radikalen Linken in die Mobilisierung zu tragen. Inhaltlich setzte das Bündnis auf eine Auseinandersetzung mit rechten „Bürgerbewegungen“, aktuellen Formen des Rechtspopulismus und ihren Ursprüngen in der bürgerlichen Gesellschaft. Darüber hinaus wurde ein deutlich internationalistischer Ansatz formuliert, der die Kämpfe hier und anderswo zusammen denkt und aufeinander bezieht – nicht zuletzt um nationalistischer Hetze das Wasser abzugraben. Im Vorfeld des 12.09. wurden bundesweit viele Tausend Aufrufe und Plakate verschickt und in der Stadt in Umlauf gebracht. In Hamburg und dem norddeutschen Raum fanden diverse Informationsveranstaltungen zum Aufmarsch und den geplanten Gegenprotesten statt, die wir gemeinsam mit dem „Hamburger Bündnis gegen Rechts“ und dem autonomen Bündnis „Goodbye Deutschland“ organisierten. Auch Fans des FC St. Pauli mobilisierten mehrfach – teilweise mit aufwendigen Choreografien – im Stadion gegen den Naziaufmarsch.
Wir werten die antifaschistische Mobilisierung insgesamt als Erfolg. Zum einen stellte das HBgR mit rund 14.000 Teilnehmer*innen eine gewaltige Demonstration auf die Beine, zum anderen konnten mit der internationalistischen Vorabenddemo deutliche Akzente gesetzt und ein eigener Ausdruck der radikalen Linken geschaffen werden. Die vertiefte Zusammenarbeit mit der kurdischen Bewegung drückte sich auch an der relativ hohen Beteiligung deutscher Linker beim Schutz des kurdischen Vereins am 13.09. aus, was aber hoffentlich in Zukunft noch ausbaufähig ist.
Das Verbot des „Tags der deutschen Patrioten“ durch das Bundesverfassungsgericht sehen wir grundsätzlich kritisch. Zwar war es sicherlich zum einen Ausdruck der günstigen politischen Kräfteverhältnisse in der Stadt, anderseits birgt die juristische Begründung etliche Gefahren für linke Demonstrationen. Denn die Einschätzung, dass der Anmelder der Nazis nicht in der Lage sein würde eine friedliche Demonstration zu gewährleisten, kann genauso gut als Argument gegen fortschrittliche Veranstaltung geltend gemacht werden. Bei aller Freude darüber, dass den Nazis ihre Demo genommen wurde, ist dieses Urteil auch als Angriff auf die Versammlungsfreiheit insgesamt zu werten.

Dennoch: Für die Faschisten war der Tag ein absolutes Desaster. Sie konnten weder in Hamburg noch in Bremen eine Kundgebung oder Demonstration durchführen. Von ihrem großspurig angekündigten „Plan B“ war nicht viel zu erkennen. Am Ende des Tages marschierten gerade einmal 80 Nazis in Kirchweyhe. Insgesamt wird die Anzahl der Nazis und rechten Hooligans, die am 12.09. unterwegs waren, auf etwa 500 geschätzt. Demgegenüber war die Reisefreudigkeit und Entschlossenheit vieler Antifaschist*innen, die direkten Aktionen gegen Nazis im Vorfeld und am Tag selbst sowie das Zusammenspiel verschiedenerer linker Kräfte – bei allen punktuellen Problemen – ein ermutigendes Zeichen.

PRP

Zweite Pressemitteilung zur enttarnten ehemaligen verdeckten Ermittlerin Maria „Block"/Böhmichen

Seit der Enttarnung der Beamtin Maria Böhmichen als ehemalige verdeckte Ermittlerin in Hamburgs linker Szene am 26.08.2015 ist einiges geschehen. Dieser Text soll einige weitere Informationen zugänglich machen. Sie kommen aus unterschiedlichen Quellen:
Aus dem Hamburger Innenausschuss wenige Tage nach der Veröffentlichung, aus der Presse und von Betroffenen.Der EinsatzrahmenDer Einsatz der verdeckten Ermittlerin Maria Böhmichen begann im Juni 2008 und endete im Sommer/Ende 2012. Sie wurde über den Zeitraum von vier Jahren als verdeckte Ermittlerin (VE) zur „Gefahrenabwehr" in der linken Szene vom LKA Hamburg geführt - wobei sie kurzzeitig in 2009 etwa einen Monat lang nicht VE, sondern Beamtin für Lageerkenntnisse (BfL) gewesen sei. Der Einsatz teilte sich somit in mindestens drei Einsätze auf, von denen die Einsätze als VE vorgangskonform staatsanwaltschaftlich genehmigt wurden. Ihre Aufträge als Verdeckte Ermittlerin liefen nach bisherigem Informationsstand nach dem §12 des Hamburger Gesetz zur Datenverarbeitung der Polizei (PolDVG) zur Gefahrenabwehr. Die EinsatzfelderBereits in der Veröffentlichung zu ihrer Enttarnung wurde auf ihre durchaus aktive Beteiligung an linken Strukturen und Aktionen verwiesen. Neuerdings ist bekannt, dass sie z.B. im Jahre 2009 auch im Rahmen von Protesten gegen Castor-Transporte in einer Sitzblockade vor dem Zwischenlager Gorleben andere Anwesende zu aktivem Widerstand aufforderte und bei der Räumung selbst Widerstand geleistet hat.
Zudem arbeitet die Beamtin Böhmichen in diversen Gruppen und Initativen mit. So war sie neuen Erkenntnissen zu Folge aktives Mitglied im Verein „Initiative für ein soziales Wilhelmsburg e.V." und beteiligte sich von 2009 bis 2011 aktiv im selbstverwalteten Projekt „Infoladen Wilhelmsburg". Dort nahm sie u.a. regelmäßig an Plena teil, übernahm Schichten und beteiligte sich an organisatorischen Aufgaben, wie u.a. an der Finanzierungsgruppe. Wie tief Maria in die Linke-Szene Hamburgs eingetaucht ist, wird erst nach und nach durch das Zusammentragen von Informationen bekannt. Es zeigt sich, dass sie in unterschiedlichen linken Initiativen und Gruppen unterschiedlich aufgetreten ist. Während sie sich in antirassistischen Zusammenhängen eher zurükkhaltend gab, fiel die Beamtin Böhmichen in anderen antikapitalistischen Zusammenhängen hingegen als radikal bis (verbal-)militant auf. Insbesondere auf Aktionen/Protesten wurde sie als risikobereit wahrgenommen und pushte/forderte andere Aktivist_innen zum Widerstand oder gezielten Vorgehen gegen die Polizei auf – nicht selten über deren Grenzen. Es ist außerdem bekannt geworden, dass sie selbstständig Kontakte zu linken Strukturen in anderen Städte aufgebaut hat und Aktivist_innen eigenständig besuchte.

Trotzdem behaupten die Behörden weiterhin, die Beamtin Böhmichen sei nur zur lokalen Gefahrenabwehr, ohne weitere Kompetenzen, eingesetzt gewesen. O-Ton eines Betroffenen: „Wie kann es sein, dass eine Person, die verdeckt für den Staat arbeitet, zu Aktionen animiert, die strafrechtliche Konsequenzen und Repression durch denselben Staat zufolge haben können?" Kontinuitäten katastrophaler öffentlicher Aufarbeitung und AufklärungEin Aufklärungswille der verantwortlichen Behördenvertreter_innen und des Polizeipräsidenten ist wie beim Fall Iris Plate offensichtlich nicht vorhanden. Es werden der Salamitaktik folgend nach und nach ausschließlich bereits bewiesene und nicht mehr öffentlich zu leugnende Tatsachen zugegeben. Auf Anfragen wird nach wie vor sehr ausweichend und abweisend reagiert. So wurde im Hamburger Innenausschuss am 28. August 2015 behauptet, dass es beim Einsatz der Beamtin Böhmichen keinen Anlass zur Annahme von Regelverstößen gebe.Der Polizeipräsident sah zu dem Zeitpunkt angeblich keinerlei Hinweise auf eine Beteiligung an Straftaten, „speziell nicht auf die in der Darstellung genannten" (Wortprotokoll Innenausschuss, Polizeipräsident Meyer, 28.8.15).
Dabei ist mittlerweile unbestritten, dass die Beamtin Böhmichen an strafrechtlichen Handlungen beteiligt war und diese sogar forcierte.
So nahm die Beamtin Böhmichen im Rahmen der Gegenprotesten zum NATO-Gipfel in Straßbourg 2009 an einer verbotenen Demonstration teil und durchbrach dabei Polizeiabsperrungen und Polizeiketten. Damit hat sie rechtlich gegen das Versammlungsgesetz verstoßen und Landfriedensbruch begangen. Zudem war sie 2011 in Hamburg an einer Aktion beteiligt, bei der ein leerstehendes Gebäude geöffnet und Transparente in Solidarität zu verschiedenen (Haus-)Besetzungen aufgehängt wurden, was strafrechtlich als Hausfriedensbruch geahndet wird.Die Behörden bestreiten, dass die Beamtin Böhmichen direkt für das Bundeskriminalamt oder die Generalbundesanwaltschaft tätig gewesen sei. Außerdem erklärten sie, die Beamtin habe an diese auch keine Informationen übermittelt. Es ist aber damit zurechnen, dass das Gegenteil der Fall ist, u.a. weil Auslandseinsätze über internationale Anfragen an das BKA laufen können, welches diese dann an die Landeskriminalämter weiterleitet.
Inwieweit dies für den Einsatz von Maria Böhmichen zutrifft ist noch nicht transparent gemacht. Darüber hinaus ist damit zu rechnen, dass die von der Beamtin Böhmichen erhobenen Daten an den Verfassungsschutz übermittelt wurden, wie es auch im Fall Iris „Schneider"/ Plate gewesen ist. Zudem gibt es weitere Neuigkeiten, z.B. dass sie neben den Auslandseinsätzen in Griechenland, Belgien und Dänemark auch in Frankreich eingesetzt wurde (s.o. NATO-Gipfel 2009).Außerdem ist mittlerweile ein weiteres sexuelles Verhältnis zu einem Aktivisten bekannt, somit hat die Beamtin Böhmichen mindestens zwei sexuelle Verhältnisse zu Personen geführt, die sie ausforschen sollte. Dies wurde im Hamburger Innenausschuss ebenfalls geleugnet.
Daneben hat sie regelmäßig eine Vielzahl an Privatwohnungen von Aktivist_innen und deren Umfeld betreten. Dieses massive Eindringen in die Privatsphäre von Aktivist_innen ist nicht – wie im Fall Iris Plate v.a. von der Polizeiführung versucht wird hinzustellen – ein einzelner aus dem Ruder gelaufener Einsatz. Scheinbar ist es vielmehr ekelhafte Normalität des Polizeialltags verdekkter Ermittler_innen.Nazis morden, der Staat schiebt ab... und infiltriert linke InitiativenÜber Jahre hinweg spionierte die Beamtin Maria Böhmichen die antirassistische und antifaschistische Szene Hamburgs aus. Sie beteiligte sich bundesweit an Gegendemonstrationen von Naziaufmärschen. So nahm sie bereits im Februar 2009 an Gegenprotesten zum Naziaufmarsch in Dresden – einem der größten Naziaufmärsche in jenen Jahren – teil und bespitzelte Teilnehmer_innen. Im gleichen Jahr fuhr sie mit einem losen Zusammenhang nach Lübeck, um sich an antifaschistischen Blockadeaktionen zu beteiligen.
Gegen Ende ihres Einsatzes war sie aktiver Teil der Blockadestrukturen gegen den Tag der Deutschen Zukunft am 02.06.2012 in Hamburg. Sie übernahm im Rahmen einer Blockade eine zentrale Position und hat die Entscheidung als Demonstration den Kundgebungs-/Blockadeort zu verlassen, vorangetrieben. Die Demonstration wurde nach wenigen Metern von der Polizei gewaltsam unter dem Einsatz von Wasserwerfern und

massivem Versprühen von Pferfferspray aufgelöst und eingekesselt. In diesem später juristisch angefochtenen Kessel waren über 500 Personen mehrere Stunden gefangen, während die Polizei die Nazis demonstrieren ließ. O-Ton einer Betroffenen: „Es ist bezeichnend, dass sich in Deutschland rassistischer Terror ausbreiten kann und in Heidenau sowie in anderen Orten Geflüchtetenunterkünfte angegriffen werden, während Leute wie wir, die antirassistische und antifaschistische Arbeit leisten und gegen den Scheiß kämpfen, über Jahre hinweg auf Schritt und Tritt überwacht, ausspioniert und kriminalisiert werden."
Weitere Informationen und Kontaktmöglichkeiten auf https://enttarnungen.blackblogs.org

Einsatz der Verdeckten Ermittlerin Maria Böhmichen alias „Maria Block" in Wilhelmsburg (Oktober 2009-September 2010)

Überblick
Die Hamburger Polizistin Maria Böhmichen wurde im Zeitraum von 2008 bis 2012 als Verdeckte Ermittlerin zur Gefahrenabwehr in die linke Szene Hamburgs eingeschleust. Unter ihrer Tarnidentität Maria Block verschaffte sie sich Zugang zu einer Vielzahl von Freundeskreisen, politischen Gruppen und Projekten der Hamburger Linken.Anders als bisher bekannt war einer ihrer Schwerpunkte dabei auch das Ausforschen von linker Stadtteilpolitik in ihrem zeitweisen Wohnort Hamburg-Wilhelmsburg.Bksonderen Fokus setzte sie dabei auf den Anfang 2008 eröffneten „Infoladen Wilhelmsburg". Der Infoladen war zu diesem Zeitpunkt als soziales Zentrum Anlaufpunkt insbesondere politisch engagierter Studierender aus dem Stadtteil, und wurde bis zum Ende von Marias Einsatz zu dem von der Kampagne „Tschüss Vattenfall" sowie Antifaschistischen und anderen linken Gruppen aus dem Hamburger Süden als Ort für interne Treffen,Veranstaltungen und als Postadresse genutzt.
Neben der Bereitstellung linker Texte, Informationen und Literatur, sowie vielfältiger Infrastruktur war der Infoladen insbesondere im Netzwerk "Recht auf Stadt" organisiert und engagierte sich u.a. gegen die städtische Aufwertungspolitik im Rahmen des "Sprung über die Elbe" und des Großprojekts Internationale Bauausstellung (IBA), welches von 2007-2013 das Image des Stadtteil Wilhelmsburg aufzupolieren versuchte.Von Oktober 2009 bis Sommer 2010 war Maria aktiver Bestandteil des Infoladen-Kollektivs. Sie nahm regelmäßig an den Orga-Plena teil, beteiligte sich an verschiedenen Arbeitsgruppen, die sich u.a. mit Finanzierung des Infoladens, Organisierung von Solidaritäts-Veranstaltungen und Pressearbeit befasst haben.

Im Februar 2010 trat sie zudem in den Trägerverein des Infoladens ein, zahlte bis April 2011 regelmäßig ihre Mitgliedsbeiträge. Bis Sommer 2011 war sie Teil des internen Emailverteilers, bis August 2015 Abonnentin des offenen Emailverteilers des Infoladens.

Einstieg
Trotz ihrer zunächst geringen Bezugspunkte zum Umfeld des Infoladens, gelang es Maria im Herbst 2009 in kürzester Zeit in vielfältige Arbeitsprozesse eingebunden zu werden. Sie war bereits seit längerem Gast in der wöchentlichen KüfA, und war einzelnen Personen durch die gemeinsame Fahrt zum Antira-Camp auf Lesbos bekannt.Es wunderte daher niemanden, als sie im Oktober 2009 auf eine halb-öffentliche Einladung hin zu einem Wilhelmsburger „Perspektiven-Treffen" im Hausprojekt Fährstraße 105 erschien. Ziel des Treffens war es eine bessere Vernetzung politisch aktiver Menschen im Stadtteil zu erreichen, die Rolle des linken Infoladens im von Gentrifizierung geprägten Wilhelmsburg zu diskutieren, sowie Menschen zur Mitarbeit dem Projekt „Infoladen" zu motivieren.
Ein Ergebnis war der Wunsch, die politische, kulturelle und soziale Stadtteil-Arbeit des Infoladens inhaltlich zu erweitern und dafür neue größere Räumlichkeiten anzumieten. Maria zeigte sich voller Motivation, ließ sich in die interne Infoladen-Emailgruppe eintragen und begann im Anschluss ihre Mitarbeit im Projekt.Organisatorische ArbeitBis Sommer 2010 nahm sie von da an regelmäßig an den 2-wöchentlichen Orga-Plena des Ladenkollektivs teil, und beteiligte sich dort, in Arbeitsgruppen und in der Email-Gruppe an vielfältigen Arbeitsprozessen. Dabei zeigte sie großen Enthusiasmus und brachte sich ohne Umschweife voll ein, bot in vielen verschiedenen Zusammenhängen ihre Hilfe an.Besonders hervor tat sie sich zunächst in der AG RaumSucht, welche sich bemühte größere Räumlichkeiten für den Infoladen zu finden. Gemeinsam mit anderen Aktiven wurden potentiell geeignete Gewerbe-Immobilien gesichtet. Immer wieder berichtete Maria dabei scheinbar enthusiastisch von durch sie entdeckten, leerstehenden Läden und führte Besichtigungen durch. Sie sprach eigenständig im Namen des Infoladens mit Vermieter_innen und Makler_innen, und erkundigte sich nach deren Bereitschaft an den Infoladen zu vermieten. Dies belegt ihr umfangreicher Emailwechsel belegt. (Alle eingerückten Zitate im Folgenden stammen, wenn nicht anders angegeben, von Emails, die Maria von ihrer Adresse block_ade@web.de an den internen Email-Verteiler des Infoladen Wilhelmsburg sendete.)"
@Raumsucht: Hey Wo ist denn der doodle? Mir würden beide Termine passen. Wobei mir Sonntag lieber wäre. Maria" (25. Nov 2009)"Hey Leute. Gibt es denn in der nächsten Zeit ein Treffen der Raumgruppe?"(03. Dez 2009)"Hey Leuts. Die RaumsucherInnen Gruppe hat heute einen kleinen Rundgang in Wille gemacht und dabei einiges gesehen. […]Ansonsten steht noch ein komplettes Haus mit max. zwei Etagen im Vogelhüttendeich 30 leer. […]Wenn jemensch morgen irgendwoanfragen möchte, dann sagt mir malbescheid. Ansonsten würde ich mich Donnerstag drum kümmern."(19. Jan 2010)"Ich habe mit dem Typen von der SAGA telefoniert. Wenn derMensch, der aus dem Computerladen ein Büro machen will, nicht kurzfristig abspringt, sieht es schlecht aus. Ansonsten meldet sich eine Frau von [-]Immobilien am Dienstag nochmal bei mir wegen Vogelhüttendeich 76 wo vorher eine Pizzeria war. Hab aber noch nix näheres dazu.Was haltet ihr davon? Zu teuer?"(22. Jan 2010)"Hey Leute. Mich hat Frau [-] von [-] Immobilien nochmal angerufen. Es geht um den Vogelhüttendeich 76. Dort findet morgen 11:30 Uhr eine Besichtigung satt. […] Anschauen könnte nicht schaden, dann sagt bitte bescheid objemensch hin gehen möchte. Ich liege momentan mit Fieberim Bett und werde deswegen auf keinen Fall hin gehen. […] Maria" (03. Feb 2010)"Hey. Ich wollte mir gerade den Klamottenladen in der Veringstraße 47 anschauen. Der Makler mit dem ich telefoniert habe meinte ich solle da während der Öffnungszeiten mal vorbei gehen und mir das ganze anschauen. Blöd ist nur, dass der Laden von Mittwoch bis Freitag, 10-13 und 14-18 Uhr offen hat. Da ich ab morgen für zwei Wochen nicht in Hamburg bin, wäre es nett wenn sich jemand anderes drum kümmern könnte."
(6. Apr 2010)

Ihr Enthusiasmus und Arbeitsaufwand ließen dabei keine Zweifel an ihrer Ehrlichkeit und ihrer Verbundenheit am Projekt aufkommen. Ihre Verlässlichkeit unterstrich sie nicht zuletzt durch ihre verbindliche Teilnahme am Plenum – konnte sie einmal nicht, sagte sie in der Regel ab."Hey Leute. Ich bin gerade wieder in Hamburg angekommen. Ist denn heute 18 Uhr Plenum? Maria"(05. Jan 2010) "Hey. [Plenum verschieben]Finde ich eine super Idee. 18 Uhr würde ich heute leider so und so nicht kommen können. Maria"(03. Mär 2010) "Ist denn morgen dann trotzdem Plenumsanfang wegen Hafengeburtstag 16:15 Uhr? Oder erst ab 17:30 Uhr?? 17:30 würde bei nämlich gar nicht gehen. LG"(29. Apr 2010)Maria war zudem immer bereit, den Infoladen auch auf externen Veranstaltungen zu vertreten bzw. zu unterstützen, u.a. bei einer Soli-Schicht im Café Knallhart Dezember 2009 oder auf einer Soli-Party im Hausprojekt Fährstraße 105 ebenfalls im Dezember 2009…"Ich könnte erst Samstag irgendwelche Schichten übernehmen. Trag mich da ein wo Mensch noch gebraucht wird. Aber vielleicht nicht all zuspät…wer weiß wieviel Alkohol ich dann intus habe… :-) Maria" (07. Dez 2009)…einer Soli-Party in der Roten Flora im Februar 2010…"Hey […]Du kannst mich für ne Schicht, wenn noch frei ist von 00-02 mit eintragen. Maria"(18. Feb 2010) …oder einem geplantem Soli-Konzert im VEB Lübeck im Juni 2010"Hey. […] Vor Ort ne Tresenschicht wäre bestimmt mit drinne. Maria" (1. Mai 2010)Sie bot sich außerdem auch an, Schichten beim Info-Café (3x wöchentlicher offener Anlaufunkt im Infoladen) zu übernehmen."Hey […]Am 20. Februar könnte ich deine Schicht übernehmen. Ich würde dann einfach am 18. mal im Infoladen vorbei kommen wo mir bestimmt mal alles erklärt werden kann…"(11. Feb 2010)Unklar bleibt leider, ob und in welchem Zeitrahmen Maria einen eigenen Schlüssel zu den Vereinsräumlichkeiten/Infoladen besaß, und damit auch unbeaufsichtigt Zugang zu den Dokumenten und Postfächern besaß.

Marias hohe Einsatzbereitschaft und die immer intensiveren persönlichen Kontakte ließen auch das politische Vertrauen gegenüber ihr wachsen. Sie beteiligte sich auch am sozialen Leben rund um den Infoladen, besuchte regelmäßig die wöchentliche KüfA, trank und feierte mit Aktiven und Gästen.

Auch außerhalb des Infoladens gelang es Maria vermehrt mit politisch Engagierten aus Wilhelmsburg private und politische Aktivitäten zu organisieren – immer wieder zeigte sie dabei auch großes Interesse an praktischen Aktionsformen.Finanz-ArbeitInnerhalb des Infoladens wiederum gelang es Maria auch tiefe Einsicht in die finanzielle Struktur des Projekts zu erlangen.

Im Februar 2010 trat sie in den Trägerverein des Infoladens "Initiative für ein soziales Wilhelmsburg e.V." ein, und unterstrich so noch einmal ihr Interesse einer langfristigen Mitarbeit – und zeigte ihr Verbundenheit



gegenüber dem Projekt auch durch überweisen ihres monatlichen Mitgliedsbeitrags, wie Kontoauszüge belegen.Bereits durch ihre Arbeit in der Raum-AG hatte sie Einblicke in finanziellen Möglichkeiten des Projekts gewinnen können. Im Rahmen der Arbeit in der „AG Stiftungen" beteiligte sie sich seit Dezember 2009 intensiver an der Ausarbeitung von Finanzierungskonzepten für einen größeren Laden.Vermehrt suchte und bekam sie auch Einblick in Mitglieder- und Spendenstruktur des Vereins sowie des Infoladens selbst. Zum Beispiel war sie an der Ausarbeitung von einer möglichen Gemeinnützigkeit für den Trägerverein beteiligt und erarbeitet Konzepte zur Beantragung von Projektförderung.In diesem Rahmen kontaktierte sie auch potentielle Förder_innen in Wilhelmsburg.

So führte sie ein längeres Gespräch mit der „Bürgerinitiative" Wilhelmsburg und erkundigte sich über deren Bereitschaft, den Infoladen finanziell zu unterstützen.„Ich habe heute mit der Bürgerinitiative telefoniert. Geld von denen würden wir erst mal nicht bekommen, da sie ausschließlich Kinder und Jugendarbeit unterstützen. Und diese muss konkret schon laufen und regelmäßige Termine nachweisen. Wenn das Projekt irgenwann mal laufen sollte und wir solch eine Arbeit nachweisen können, dann können wir uns bei denen nochmal melden." (30. Nov 2009)Auch in einer weiteren AG zu Finanzierungskonzepten, Soli-Partys, und Förderanträgen arbeitet Maria im Frühjahr 2010 mit. Dabei nutze Maria ihr mittlerweile erarbeitetes Rolle als Teil des Infoladen Wilhelmsburg auch um andere linke Strukturen in Hamburg auszuforschen.

Im Februar 2010 wandte sich Maria als Delegierte des Infoladen Wilhelmburg an das Centro Sociale und den Infoladen Schwarzmarkt. Dort erlangte sie Informationen

über die Finanzierungstruktur dieser Projekte, vorgeblich um mögliche Quellen auch für den Infoladen Wilhelmsburg zu erschließen."hier die ergebnisse vom letzten treffen der partygeldgruppe. ca 3 wochen her… 1. wollen wegen möglichen stiftungen infos reinholen: maria checkt centro soziale (ergebnisse im letzten plenum vorgetragen…) und schwarzmarkt" (Auszug aus Protokoll 3. Mär 2010)Inhaltliche ArbeitIm Laufe des Jahres 2009 begann sich die Kritik an dem seit 2007 anlaufenden Großprojekt Internationale Bauausstellung (IBA) im Stadtteil zuzuspitzen.

Im Vorfeld der späteren linken Kampagne „IBAnigsDA" war der Infoladen gemeinsam mit dem Arbeitskreis Umstrukturierung (AKU) eine der kritischen Stimmen, die sich mit den befürchteten Mietsteigerungen und Verdrängungsprozessen auseinandersetzen.Maria äußerte während ihrer Arbeit im Infoladen und privat Interesse an vielfältigen Themenfeldern linker Politik, aber insbesondere auch am Thema Stadtentwicklung und Gentrifizierungs-Kritik, sowie sich entwickelnder anti-IBA Proteste.Im Februar 2010 war Maria z.B. als Teile einer AG an der inhaltlichen Vorbereitung einer gemeinsamen Veranstaltung des Infoladens mit dem AKU beteiligt."wir machen mit dem aku eine veranstaltung zu stadtteilpolitik etc.gibt auch noch jm. aus hanau der von da berichten würde. Weitere stadt(kopenhagen) wäre auch noch möglich. soll nicht im ladenstattfinden, sondern im exil" (Auszug aus Protokoll 3. Mär 2010)Maria versuchte zudem sowohl auf Plenas als auch über die Emailliste immer wieder über gezielte Nachfragen, Positionierungen der Aktiven im Infoladen zur IBA zu erlangen und zuzuspitzen, z.B. auch zur Rolle der SAGA (Eigentümer und Vermieter) der Räumlichkeiten des Infoladens), die als Kooperationspartner der IBA auftrat.„Für mich stellt sich jetzt die Frage, ob wir die nutzen sollten, können, wollen??? Denn natürlich wird sich das dann die tolle SAGA GWG auf ihren Zettel schreiben und so werden wir vielleicht noch mehr ein Teil der "tollen" Stadtentwicklung sein. Also gebt mal bitte eure Meinung dazu ab." (30. Nov 2009)„Bezüglich der Zurverfügungstellung einer Räumlichkeit durch die SAGA hat bis jetzt nur ein Mensch sich zu geäußert. Ich werde das erst mal ruhen lassen und beim nächsten Plenum nochmal ansprechen. Wann ist das eigentlich? Kommenden Dienstag?" (03. Dez 2009)

Brisanz erhält Marias Versuch, kritische Aussagen gegenüber der SAGA und ihre Rolle in Stadtentwicklungsprozessen zu provozieren, durch die Ereignisse der kommenden Monate. Wenige Wochen nach Marias Anfängen im Projekt begann sich das Verhältnis des Infoladens zur SAGA zu verschlechtern. Abmahnungen wegen politischer Plakate an der Hauswand im Ende November 2009 folgte im März 2010 die Kündigung des Mietverhältnisses. In einem persönlichen Gespräch nannte ein SAGA Vertreter die kritische Haltung des Infoladens zur IBA als Grund für die Kündigung. Damals wurde vermutet, ein IBA-kritisches Transparent habe die SAGA zu ihrem drastischen Schritt motiviert. In wie weit auch Informationen der Polizistin Maria Böhmichen dazu beigetragen haben, und wie diese an die SAGA gelangt seien könnten, wäre eine spannende Frage, z.B. an ihre Auftraggeber im LKA.
In Reaktion auf die Kündigung organisierte die Aktiven des Infoladens eine politische Kampagne unter dem Slogan „Träume brauchen Räume – Kein Tag ohne Infoladen". Durch vielfältige Protestaktionen und Öffentlichkeitsarbeit wurde die SAGA schließlich gezwungen, die Kündigung zurückzunehmen.Maria brachte sich auch in diese Kampagne ein, und nahm auch Einfluss auf die Außendarstellung des Projekts, in dem sie sich an Diskussionen der „Presse AG" beteiligte.„Bin auch mit der PR (sic) einverstanden." (28. Apr 2010)„Ich würde erst mal vorschlage die PM zu streichen, das Problem auf einem Plenum (Dienstag, oder auch früher) zu besprechen und dann eine neue PM durch die Presse AG zu fertigen, oder wenn es dieser zu viel wird/ist die bestehende zu überarbeiten". (29. Apr 2010)

An der Organisation eines Infoladen-Standes auf dem alternativen Hafengeburtstages im Mai 2010, der auch Teil der Kampagne war, beteiligte sich Maria noch einmal intensiv, übernahm Schichten und besorgte Infrastruktur über andere Kontakte in der Szene."Hey Die Friteuse ausm Kallhart bekommen wir. Ab wann wird sie denn benötigt? Geht noch darum wann ich sie abhole. Brauchen wir denn noch Tische? Wurden jetzt ja vier Stück im Keller gefunden…Einen Pavillion hole ich am Donnerstag 18 Uhr ab. Ich hoffe das ist nicht zu spät? Früher schaffe ich das nicht. Die Strahler sind leider alle kaputt. Den Becks Tresen ausm Kanllhart können wir leider nicht bekommen da er zum Hafengeburtstag schon im Einsatz ist. […] Maria"(04. Mai 2010)

Langsamer Ausstieg

Mehr und mehr begann sich jedoch ihre politische Arbeit von Wilhelmsburg weg zu bewegen. Sie sprach häufiger über die Antira-Kneipe in der Hafenvokü, und erwähnte Terminkonflikte (andere Plenas, Demos) und ihre allgemeine "Überarbeitung" an. „Hallo. Die Gruppe [-] hat doch vor kurzem den Film "Deckname Dennis" im Infoladen gezeigt. Wir überlegen diesen, Freitag nächste Woche, in der Antira Kneipe zu zeigen. Wäre es denn möglich sich diesen dafür auszuleihen?" (11 Apr 2010)"Hey.Ich weiß leider noch nicht ob ich mich mit in die Planungen mit einbringen kann. Hab momentan einfach viel zu viel zu tun. Wenn, dann würde bei mir auch nur spontan und kurzfristig was gehen. […] Maria"(01. Mai 2010)"Kann heute leider nicht zum Plenum, da anderes Plenum ist… Bis die Tage Maria" (04. Mai 2010)
Offensichtlich hatte Marias Einsatzschwerpunkt sich von Wilhelmsburg wegbewegt. Nach dem der Infoladen nach einer längeren Sommerpause von Juli bis September 2010 wieder die Arbeit aufnahm, erschien Maria nicht mehr auf dem Orga-Plenum.
Für den von ihr mitorganisierten Antira-Kongress im Oktober 2010 in der Roten Flora fragte sie noch einmal nach Unterstützung der KüfA im Infoladen und sammelte Adressen und Namen linker WGs in Wilhelmsburg, die bereit waren Schlafplätze für Gäste des Kongresses anzubieten.„Für diese Tage brauchen wir Pennplätze und Essen. Gibt es bezüglich Pennplätze in der 105 oder 115 welche oder kennt Mensch WG wo ein paar Leute untergebracht werden können?Eine Frage an die Küfa? Habt ihr Zeit/Lust/Kapazitäten einen Abend (Freitag 15. oder Samstag 16.) in der Flora zu kochen? Wir können momentan absolut nicht einschätzen wie viele Menschen kommen…Wünschen würden wir uns 300… :-)" (13. Sep 2010)

Im Oktober 2010 sendete Maria eine letzte Email mit Infos über den Antira-Kongress über den Email-Verteiler. Im Mai 2011 stellte sie dann auch die Zahlung ihres Mitgliedsbeitrags ein, ohne je formell ihren Austritt aus dem Verein zu erklären. Bis zum August 2015 blieb sie Abonnentin des internen Email-Verteilers, der im Sommer 2011 in einen offenen Verteiler umgewandelt wurde.Im September 2011 kam es zu einem Anquatschversuch durch den VS bei einer Person, die gemeinsam mit Maria im Infoladen aktiv war. Eine Auskunftsanfrage warum diese Person ausgewählt wurde, wurde nur ausweichend beantwortet – mit dem Hinweis, dass dies eine Quelle gefährden würde.
Es erscheint naheliegend, dass Maria diese Person empfohlen hat.

DIRECT ACTION :: DOKUMENTATIONEN

31.08. Hamburg: Nazis angegriffen

„in vorbereitung auf den naziaufmarsch am 12.09. haben wir in der nacht auf montag, den 31.08., bekannten hamburger neonazis besuche abgestattet. die autos von jan-steffen holthusen (npd), schlagboom 19c, 22179 hh, torben klebe (npd) glindwiese 1a, 22177 hh, und denis ackermann (gsd hamburg) bei der windmühle 10, 21109 hh, wurden tiefergelegt, entglast und/oder angezündet. bei dem haus von willi wegner (npd, ex-fap, rechtsterrorist) saseler strasse 193, 22159 hh wurden farbe und glasbruch hinterlassen.“



06.09. Hamburg: Anti-Olympia

Zum Abschluss des Schanzenfestes zieht eine Anti- Olympiasponti einmal durch das Viertel, Parolen werden gesprüht und Scheiben eingeworfen. Die Bullen konnten keine „Störer“ feststellen und nur noch die Schäden aufnehmen. Stabil.



DIRECT ACTION :: DOKUMENTATIONEN

11.09. Bremen: Breite Straße Soli

Um unsere Solidarität mit den 6 Personen im Breite-Straße-Prozess in Hamburg zu zeigen, besuchten wir in der Nacht vom 10. auf den 11. September das Stadtteilbüro der Bullen im Neustadtpark. Wir hinterließen Farbe und Glasbruch sowie Plakate mit folgendem Inhalt: „WEDER JUSTIZ NOCH KNÄSTE SIE SIND EMPÖRT WENN WIR UNS GEWATLTSAM GEGEN DIE GEWALTSAMEN VERHÄLTNISSE AUFLEHEN. DOCH ES GIBT KEINE BRUTALERE GEWALT ALS DIE MACHT DER JUSTIZ UND DER GESETZTE.

Ende August beginnt der Prozess gegen die 6 Personen, welche für die Besetzung der Breite-Straße und die darauf folgenden Auseinandersetzung mit der Polizei angeklagt werden. Wir wollen nicht zusehen wie der Staat über Leben urteilt und Menschen hinter Gitter bringt. Seine Gesetze wurden nur gemacht, um die Macht und die Autorität der Herrschaft aufrecht zu erhalten. Kein Rebell und keine Rebellin in den Händen der Herrschenden! Gegen die Knastgesellschaft und ihre Gesetze! Für aktive und kämpferische Solidarität.“
Autonome Gruppen

12.09. Hamburg: Möchtegern HOGESA Demo

Kloppereien mit Bullen und Nazis am HBF, später Schanzenspiele vor der Flora.
Das Amtsgericht Altona wird mit Steinen und Farbe eingedeckt.



10.10. Hamburg: Breite Straße Soli

Eine kleine aber gut vorbereitete Demo hat am Samstagabend am Oberlandesgericht ihre Solidarität mit den Beschuldigten des Breite Straße Verfahrens gezeigt.
Dabei wurden das Gerichts- und das Strafjustizgebäude mit Farbgläsern und Steinen beworfen. 41 Fenster gingen zu Bruch.
Solidarität heißt Angriff!



:: AKTIONEN :: SPLITTER DER NACHT

23.10. Stralsund. Nazi Autos abgefackelt.

Zehn Pkw von Teilnehmern einer Mvgida Demonstration werden entsorgt.



28.10. Kiel: Glassbruch bei der AFD

An der AfD-Landesgeschäftsstelle werden Scheiben eingeworfen. Die Fassade wird zudem mit der Parole "31.10. Hamburg – Rassisten stoppen" beschrieben.

31.10. Hamburg: AFD Blockade

Die AFD kann keinen Meter laufen, Farbeier fliegen und einige Schilder werden enteignet.



Erinnerung an den 18. 10. 1977



Vor über 28 Jahren starben starben Andreas, Gudrun und Jan in Stuttgart-Stammheim. Zu den Hintergründen veröffentlichen wir dazu was aus der Broschüre: „Kurze Einführung in die Geschichte der RAF“

Am Morgen des 18. Oktober werden Andreas Baader und Gudrun Ensslin tot, Jan-Carl Raspe und Irmgard Möller schwer verletzt in ihren Zellen aufgefunden. Jan stirbt wenige Stunden später. Sofort wird die offizielle Version des Selbstmordes verbreitet, obwohl erhebliche Unstimmigkeiten in den dann folgenden Untersuchungen aufgedeckt werden können. Andreas Baader soll die Pistole angeblich selbst festgehalten haben können, obwohl ein Gutachten aussagt, dass dass der Schuss von hinten kam, aus einem Abstand von 30 - 40 cm abgefeuert worden ist und die Pistole selbst immerhin 17 cm maß. Gudrun Ensslins Leichnam zeigte zahlreiche leichte Verletzungen und Blutergüsse. Ebenso wie bei Ulrike Meinhof wird auch hier ein Histamintest, der darüber Auskunft gibt, ob ein noch lebender oder bereits toter Mensch aufgehängt wurde, unterlassen. Irmgard Möller, die einzige Überlebende, sagte am 16. 1. 78 vor dem Untersuchungsausschuss des Landtages Baden-Württembergs aus:
"Für uns war klar, Selbstmord ist nicht Sache. Wir sind entschlossen zu kämpfen … Ich habe mir die Verletzungen nicht selbst beigebracht."
(„Todesschüsse“ von Bakker Shut, Seite 274)

Am 19. Oktober 1977 geht bei der Redaktion einer französischen Zeitung ein Schreiben der RAF ein, in dem mitgeteilt wird, wo sich der tote Hanns-Martin Schleyer befindet: "Für unseren Schmerz und unsere Wut über die Massaker von Mogadischu und Stammheim ist sein Tod bedeutungslos."
.labourhistory.net/raf/read.php?id=0019771019

Vier von den elf Gefangenen, die befreit werden sollten, überlebten die Haft nicht. Am 12. 11. 77 wurde Ingrid Schubert in München-Stadelheim tot aufgefunden. Für den Staat war es natürlich auch "Selbstmord".
Alle Menschen und Initiativen, die das öffentlich in Frage stellten, wurden kriminalisiert. Unsere Zeitschrift hatte deswegen mehrere Verfahren. So wurde die staatliche verordnete "Wahrheit", die bis heute nie objektiv bewiesen werden konnte, zur herrschenden Wahrheit, die sich über die bürgerlichen Medien in die Köpfe der Menschen fraß.
Während die Linke in der BRD lange zu den Ereignissen um die toten Gefangenen schwieg, gab es in anderen Ländern massive Proteste, Demonstrationen und militante Aktionen gegen deutsche Einrichtungen und Firmen u. a. in Frankreich, Italien, Griechenland und den USA.

Nach der Offensive der RAF 1977 werden im Rahmen der staatlichen Fahndung kaum noch Gefangene gemacht. Bis Juni 1979 werden im Zuge der Fahndung drei Gesuchte erschossen: Willy Peter Stoll, Michael Knoll und Elisabeth van Dyck. Rolf Heißler überlebte schwer verletzt.

Die Rote Armee Fraktion – Eine kurze Einführung in die Geschichte der RAF
Herausgeber:Netzwerk Freiheit für alle politischen GefangenenSelbstdruck im Eigenverlag72 Seiten, Preis 5,00 EuroISBN: 978-3-00-039885-8
Zu bestellen über:
kontakt@political-prisoners.net

anti-atom

Prozesse gegen Anti-Atom-AktivistInnen in Harburg

Nachdem der Widerstand gegen Urantransporte durch Hamburg jahrelang vor sich hin dümpelte, nahm er vor zwei Jahren, nach dem Brand auf dem Atomfrachter Atlantik Cartier bestätig an Fahrt auf. 2014 gab es eine unangemeldete Inspektion des Süd-West-Terminals durch mehr als ein Dutzend AktivistInnen, bei der drei vom Senat verheimlichte Container mit Uranerz nachwiesen werden konnten. Kurz darauf wurde der Transport von mehr als 50 Containern Uranerz aus Namibia und Kasachstan durch eine Ankettaktion über Stunden behindert, und schließlich wurde ein weiterer Transport am 10. November 2014 für mehr als 7 Stunden durch eine Abseilaktion gestoppt.

Mittlerweile finden die Transporte nur noch unter Polizeibegleitung statt, das Entladen wird von der Wasserschutzpolizei begleitet, und die Urantransportierenden Frachter tauchen nicht mehr in den Segellisten des Süd-West Terminals auf. Darüber hinaus gibt die Reederei ASPOL, die Uran aus Russland und Kasachstan in Hamburg umschlägt, regelmäßig ein anderes Fahrtziel auf ihrer Homepage an, um eine Ankunft in Hamburg zu verschleiern. Der Schienentransport, der am 14.September direkt im Anschluss an den Schienenspaziergang in Wilhelmsburg stattfand, wich sogar weiträumig dem Protest in Bremen und Umgebung aus, und wurde auf geheim gehaltenen Wegen nach Frankreich abtransportiert.
Auch wenn der Widerstand gegen die Urantransporte nicht an das Niveau der Castortransporte heran reicht, so hat er doch einen eigenen Beat entwickelt der sich kontinuierlich bemerkbar macht. Dazu gehört es auch die Prozesse gegen AktivistInnen solidarisch zu begleiten.
Am 07. Dezember wird für eine von diesen Aktionen einem Aktivisten vor dem Amtsgericht Hamburg Harburg der Prozess gemacht. Hintergrund ist eine Protestaktion von ca. 15 ROBIN WOOD-AktivistInnen bei der Ausfahrt des oben genannten Uranzuges am 10. November 2014.

Kommet zu Hauf!
nirgendwo.info
atomtransporte-hamburg-stoppen.de

Bewegung

14.09.2015:
gegen einen Urantransport aus Russland in das französische Malvesie finden Mahnwachen auf der Veddel, in Wilhelmsburg, Bucholz, Bremen, Münster, Köln und Trier statt. Der Transport wird in Maschen kurzfristig auf eine bis dahin nicht genutzte Route verlegt.
Oktober 2015:
Das Buch: Die Anti-Atom-Bewegung von Trisantis erscheint bei Assoziation A. Als Buch aus der Bewegung, für die Bewegung, versucht es verschiedene Phasen und Debatten der Anti-AKW-Bewegung nachzuzeichnen. In Zeiten in denen sich viele Fragen ob es so etwas wie eine Anti-Atom-Bewegung noch gibt, gehört dieses Lebenszeichen der Bewegung absolut in die Rubrik „Bewegung" und an Weihnachten in den Geschenkekorb
(falls es unbedingt einen Anlass braucht)

Normalbetrieb

18.10. Las Vegas:
Am 18. Oktober brach in einem unterirdischen Lager für schwach radioaktiven Atommüll in der Nähe von Las Vegas im US-Bundesstaat Nevada ein Brand aus. Auf einem offenbar mit einem Handy gedrehten und unter anderem vom Las Vegas Review-Journal online gestellten Video sind mehrere Explosionen zu sehen. Weißer Rauch quillt aus dem Boden, eine dicke Fahne verteilt sich über dem Gelände. Auch umherfliegende Trümmerteile sind in dem 40 Sekunden dauerndeng Film zu erkennen.
Quelle: Junge Welt

26.10. 2015Fukushima
Viereinhalb Jahre nach dem Atomunglück von Fukushima hat die japanische Regierung Ergebnisse von Strahlenmessungen bei Evakuierungshelfern veröffentlicht. Demnach waren 38 Prozent der insgesamt knapp 3000 Soldaten, Feuerwehrleute und Polizisten Strahlungswerten ausgesetzt, die über der jährlich zulässigen Dosis von einem Millisievert liegen. Bei fünf Prozent dieser Helfer wurde eine Dosis von fünf bis zehn Millisievert gemessen.
Quelle: http://www.derwesten.de

Flora Termine November

26 Jahre Rote Flora!
Ausstellung
Barbara Lüdde, Philipp Lemm und Dominique Jochen Ebert stellen Illustrationen aus. Dazu Kaffee und veganer Kuchen.

Fr 06.11. 23 Uhr
Party
AntiRa Repressionskosten Solirave

1. Floor: Techno. 2. Floor: Deep- & Techhouse.

Sa 07.11. 20 Uhr
Konzert
Birds In Row HC/Screamo aus Frankreich
Meraine Punk/HC/Noise aus Lüdenscheid

Fr 13.11. 21 Uhr
Barrio Revolta
Drowning Dog & Malatesta Hip Hop aus San Francisco/Berlin/Mailand
Ryaam MC Hip Hop aus Paris
Acero Moretti Underground Hip Hop aus Mailand

Mi 18.11. 20 Uhr
Konzert
Class HC-Punk aus Mailand/I
wwounds Punk/HC aus Mailand/I

Sa 21.11.
Queer Tango Argentino
Neo-, Non- und Elektrotango. Milonga (Tanzabend) ab 21:00
Einführung für Neulinge um 19:30.

Floragruppen *und regelmässige Termine*

Archiv der Sozialen Bewegungen und Fotoarchiv: jeden Montag 15-20 Uhr (Tel. 433007)

druck machen: die siebdruckwerkstattder roten flora existiert seit 1989! nach dem derzeitigen umbau wird die werkstatt in neuen räumen im ersten stock voraussichtlich im winter 2014 wieder eröffnet.

motorrad werkstatt: jeden montag schrauben und klönen ab 18 uhr. kommt vorbei!

fahrradselbsthilfe: mit ra(d)t und tat stehen euch die schrauber montags von 18.30-21 uhr zur seite!

Futtern wie bei Muttern - vokü jeden 3. Dienstag ab 20 Uhr

Punk uffe Ohren und Bier in den Rachen!! Punkcafe jeden 2. Donnerstag

antifa tresen - jeden 3. Freitag 20 Uhr

offene baugruppe: wir erfinden gerade die flora neu und nehmen umfangreiche umbaumaßnahmen im erdgeschoss in eigenleistung vor – wenn ihr lust habt, euch handwerklich in einem spannenden und herausfordernden politischen umfeld zu engagieren, kommt samstags und sonntags um 13 uhr vorbei!

sportraum: selbstverwalteter sportraum (1. stock) von neigungsgruppen mit unterschiedlichsten bewegungsangeboten. interessierte können über das plenum kontakt aufnehmen!

bandproberäume: insgesamt vier übungsräume im keller der flora werden in selbstverwaltung von bands gemeinsam genutzt. interessierte können über das plenum kontakt aufnehmen!